Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 12. Februar 1926
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff — Wirtschaft und Recht — Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 45 R.-M. 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 72
12. 2. a — 10 Pfennig

Gegen Chamberlains Nachgiebigkeit.

Unzufriedenheit in Presse und Regierung.

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Zum heutigen Zusammentritt des Völkerbundsrates betont die Presse noch einmal die englischen Bedenken gegen die Vermehrung der Ratssitze. Die gestrige ausweichende Unterhauserklärung Chamberlains hat enttäuscht. Es ist sich in dieser Frage eine geschlossene Front der öffentlichen Meinung gebildet, die von der „Times" über den „Manchester Guardian" bis zum „Daily Herald" reicht. Es zeigt sich die Besorgnis, daß Chamberlain bei seinem letzten Pariser Besuch durch voreilige Versprechungen die Bedeutung des Locarno-Vertrages für England aufs Spiel gesetzt habe. Auch innerhalb des Kabinetts scheint man mit Chamberlain nicht zufrieden zu sein. „Daily News" spricht von der Gefahr für den Völkerbund und „Daily Express" stellt fest, daß

das ganze Vertragswerk von Locarno bedroht

sei. Die Atmosphäre sei voll von Argwohn und Gegensätzen. „Daily Telegraph" bekämpft noch einmal besonders die polnische Forderung, zeigt jedoch auffallenderweise mehr Entgegenkommen für Spanien.

a. Paris, 12. 2. (Eigenbericht.)

Das „Journal" meint zur Frage der Zuerkennung des ständigen Ratssitzes an Polen, daß man natürlich alles daran denken könne, alle Kandidaturen, so begründet sie auch seien, in Betracht zu ziehen, schon wegen der unangenehmen Folgerscheinungen, die eine übertriebene Vergrößerung des Rahmens des Rates verursachen könne. Um zu einem Ergebnis zu gelangen, betont das Blatt, sei das beste Mittel, das Gebiet der Aussprache soweit wie möglich zu beschränken. Der neue Tschechoslowakei sei, Deutschland einen ständigen Ratssitz erhalten sollte. Deutschland habe jedoch seine Ansicht nicht verheimlicht,

gewisse Punkte der Friedensverträge

in Frage zu stellen, insbesondere die der Ostgrenze. Die Lage der Dinge verlange daher, um das Gleichgewicht im Rate wieder herzustellen, daß jene Macht hinzugezogen werde, die an der Aufrechterhaltung der östlichen Grenze das größte Interesse habe. England könne sich diesem Argument nicht entziehen. Dank dem großmütigen, versöhnlichen Geiste Chamberlains könne man als sicher annehmen, daß Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, auf den es ein Recht habe, erhalten werde.

Prag, 12. 2. (W. T. B.) Die gesamte tschechoslowakische Presse setzt sich für die Erteilung eines Völkerbundsratssitzes an Polen ein, da die Besürchtung besteht, daß Polen an Stelle der die Kleine Entente vertretenden Tschechoslowakei zum nichtständigen Ratsmitglied ernannt werden könnte.

Plötzliche Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Nach der heutigen Plenarsitzung des Reichstages wird sich der Auswärtige Ausschuß versammeln, um den Bericht über den Stand der Verhandlungen über das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich entgegenzunehmen. Man glaubt, daß parlamentarisch diesen Umstand, daß die Plötzlichkeit dieses Zusammentritts sich nicht allein durch die Handelsberatungen rechtfertigt, sondern daß vielmehr der Reichsaußenminister das Bedürfnis hat, mit Rücksicht auf die bedenklich stimmenden Nachrichten aus Genf über die Frage der Ratssitze mit den Parteien in Verbindung zu treten. Unter diesen Umständen wird der Schritt des Ausschusses eine erhöhte Bedeutung beigemessen.

Fernsprechen über den Ozean.

„Daily Telegraph" berichtet über erfolgreiche Sprechversuche zwischen der englischen Großstation Rugby und der amerikanischen Station auf Long Island, die während des letzten Sonntags, besonders in den Nachtstunden, unter erstaunlicher Deutlichkeit sogar des dialektischen Klanges der Stimmen vorgenommen wurden.

★

In England werden seit längerer Zeit Versuche mit transkontinentalem Telephonie gemacht. Nachdem bereits mehrfach Sprache und Musik von Nunshunfendern über den Ozean hinüber gut verlaufen worden sind, besteht an sich kein Zweifel mehr, daß es möglich ist, mit modulierten drahtlosen Wellen die Entfernung zwischen Amerika und Europa zu überbrücken. Neuerdings sind weitere Versuche mit kurzen Wellen hinzugekommen, die insbesondere von der neuen englischen Kurzwellensendestation Rugby veranstaltet wurden. Hierbei sind die Versuche insofern erweitert worden, als man den Gegensprechverkehr probierte, d. h. daß beiderseits Personen gleichzeitig hören und sprechen können. Wie zu erwarten war, hat man zu bestimmten Zeiten recht brauchbare Ergebnisse erzielt. Im allgemeinen wird man jedoch nicht zu vorzeitig überhriebene Hoffnungen daran knüpfen dürfen. Schon vor rund einem Viertelsahr konnten wir gelegentlich der Eröffnung des großen Turmes auf der Hauptfunkstelle Königswusterhausen aus dem Munde des Staatssekretärs Bredow die Erwartung hören, daß eines Tages dieser Turm im Dienst der transozeanischen drahtlosen Telephonie neue Aufgaben lösen werde. Vorläufig haben die in der Telegraphie mit Erfolg bewährten Versuche noch nicht die nötige Betriebssicherheit erzielen, um darauf einen regelmäßigen Verkehr zu gründen. Zeitweilig geht es sehr gut, dann ist wieder ohne klaren Grund jede Verständigung ausgeschlossen. Die Entwicklung, die wir noch brauchen, ist nicht der Nachweis, daß man über 7000 Kilometer drahtlos telephonieren kann, das wissen wir schon, sondern das Auffinden der Ursache der Störungen und eines Mittels zu ihrer Ausschaltung. Gerade der Fernsprechtelnehmer gehört zu den nervösesten Personen. Die arme Bermaltung, wenn sie ihm eine Verbindung vermittelt, bei der mitten im Gespräch die Verständigung abreißt! Aber was nicht ist, kann noch werden.

Erklärungen des Reparationsagenten.

Die Unterbringung der deutschen Obligationen.

a. **Paris**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Dem Vertreter des „Excelsior" gegenüber erklärte der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, vor seiner Abreise nach Berlin, daß er mit dem bisherigen Funktionieren des Dawes-Planes vollauf zufrieden sei. Die deutschen Zahlungen seien unverkürzt geleistet worden und des öfteren sogar vor dem Fälligkeitstermin. Die Naturallieferungen seien von den interessierten Staaten ohne Schwierigkeiten aufgenommen worden.

Die Gebührenweisungen ins Ausland

hätten sich ohne nennenswerte Folgen für die Mark vollzogen. Gilbert zeigte sich im übrigen sehr optimistisch, obwohl er alle Bestrebungen für das zukünftige Funktionieren des Dawes-Planes ablehnte. Die Bezahlung der jüngsten Dawes-Rate wäre natürlich erleichtert worden durch die 800-Millionen-Goldmarkanleihe, die Deutschland zur Gesundung seiner Finanzen gewährt worden ist. Aber diese Gesundung ist eine vollzogene Tatsache. Das Budget des Reiches weise bereits bemerkenswerte Ueberschüsse auf. Was die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland anbelange, so dürfe man deren Tragweite nicht übertreiben. Die deutschen Pressenangriffe gegen den Dawes-Plan gehen zu keiner Aufregung Anlaß. Sie seien nur aus innerpolitischen und parteipolitischen Gründen gemacht worden. Im übrigen könnte für sie in seiner Weise die heutige Regierung verantwortlich gemacht werden, da deren Korrektheit immer unantastbar gewesen sei. Ueber die Möglichkeit der baldigen Mobilisierung der

deutschen Industrie- und Eisenbahnobligationen

wollte Parker Gilbert keine bestimmten Erklärungen abgeben. Der Korrespondent meint, den Eindruck zu haben, daß Parker Gilbert der Ansicht sei, daß bei die derzeitige Lage des internationalen Geldmarktes für die Unterbringung dieser Obligationen nicht günstig sei in Anbetracht des derzeit geforderten Zinsfußes und die geringen Erträgnisse der Anleihe. Dies müßte ein ganz bedeutendes Sinken dieses Werts, die für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen in der Zukunft erforderlich seien, zur Folge haben.

Außenpolitische Wirkung des tschecho-slowakischen Gegensatzes.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Es verlautet, daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch an der Märztagung des Völkerbundes nicht persönlich teilnehmen werde, sondern durch den tschechoslowakischen Gesandten in Bern, Dr. Bawarka, vertreten werden soll. Als Grund dieses Fernbleibens werden die großen innerpolitischen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei bezeichnet, die seine Anwesenheit in Prag erforderten. Benesch bemüht sich, eine Verständigung mit den Slowaken herbeizuführen, um die Lage der Regierung zu erleichtern. Er wird sich bei der Rückkehr von Belgrad zwei Tage in Prag aufhalten, um dort mit den Slowaken über einen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Es heißt, daß der Führer der Slowaken, Pater Hlinka, gegen die von Benesch beabsichtigte Aussprache sei.

Sudetendeutschum und Sprachenverordnung.

rs. **Prag**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die „Egerer Zeitung" bringt einen Aufsatz unter dem Titel „Deutsches Volk, wahre Deine Ehre!", in dem der parlamentarische Beschluß, einen Zurücknahmeantrag zu Zwecke der rechtlichen Ueberprüfung der Sprachenverordnungen einzulegen, als schmachvolle Kampfmittel bezeichnet, die im deutschen Sprachgebiet, in dem die einzelnen Punkte der Verordnung erst jetzt bekannt werden, verschärft sich täglich.

Prag, 12. 2. (Mtb.) Die im Deutschen Verband vereinigten deutschen Parteien halten am nächsten Sonntag einen gemeinsamen Deutschen Volkstag in Aussig ab, auf dem die führenden Parlamentarier dieser Parteien gegen die Sprachenverordnung öffentlich Protest erheben werden. U. a. wird der deutsche Vizepräsident der tschechischen Kammer, Prof. Dr. Spina, sprechen. Der provisorische Vorstand des Deutschen Verbandes bereitet eine dringliche Interpellation wegen der Sprachenverordnung an die Regierung vor. —

Moskau mit Vertagung der Abrüstungsbesprechungen einverstanden.

sch. **Genf**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die russische Regierung hat sich mit der Vertagung der Abrüstungskommission einverstanden erklärt, wiederholt aber ihre Forderung nach Einberufung der Kommission außerhalb der Zeit der Völkerbundsrat, um neuen Wunsch auf, die Kommission möge in ein Land einberufen werden, das diplomatische Beziehungen mit Rußland bereits unterhält. Diese neue Forderung scheint sich gegen Belgien zu richten und steht im Zusammenhang mit jenem Versuchsballon, der von einer Verlegung des Sekretariats nach Belgien handelt.

Die finnische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz angenommen.

Der deutsche Besuch in Rio de Janeiro.

Rio de Janeiro, 12. 2. (W. T. B.) Die Besatzung des Kreuzers „Berlin" fand hier eine äußerst freundliche Aufnahme. Auf einem zu Ehren des Kommandanten veranstalteten Essen bob der brasilianische Außenminister die deutschen Verdienste bei der friedlichen brasilianischen Aufsaugarbeit hervor. Der Kommandant des Kreuzers wird heute von dem Präsidenten empfangen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Neue Angriffe auf das Auslandsdeutschtum.

Stimmungswechsel oder groteske Entgleisung?

fr. **Mailand**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Der „Popolo d'Italia" kommt heute nachmals auf Stresemanns Wort vom Anspruch Deutschlands auf den Schutz der geistigen und kulturellen Rechte der außerhalb der Grenzen lebenden Deutschen zu sprechen. Die Notiz ist durch Kursdruck ausgezeichnet und in hohem interessant, als sie ungefähr das Gegenteil von dem sagt, was gestern der Direktor des Blattes, Arnaldo Mussolini geschrieben hatte. Dieser von Stresemann gemachte Anspruch, heißt es da, verdiene nicht nur in Italien, sondern überall im Auslande überdacht zu werden, wo man sich Klarheit über die Fragen verschaffen wolle, aus denen politische Schwierigkeiten entstehen könnten. Der geistige Schutz von Berlin sei doch nichts anderes als die bequeme

Formel für politische Pläne.

Die Erfahrungen aus dem Kriege hätten gezeigt, wie die Deutschen die geistigen Bande auffaßten, die sie mit den Deutschen jenseits der Grenzen verknüpften. In den Vereinigten Staaten hätten 8½ Millionen Deutsche mit allen Mitteln versucht, zugunsten des kriegerischen Deutschlands die amerikanische Politik zu beeinflussen, und so sei es in allen Staaten gewesen, in denen die Deutschen eine größere Gruppe gebildet hätten. Die Rede Stresemanns beweise, daß die deutsche Methode trotz der Lehren des Krieges sich nicht geändert habe, und davon müsse das Ausland Kenntnis nehmen. Diese Gruppen von Menschen deutscher Nationalität bedeuteten also eine große Gefahr für alle Staaten, die sie beherbergen, weil man nicht auf ihre Loyalität vertrauen könne (!), denn man kenne den Einfluß, den die Reichsdeutschen auf diese Gruppen ausüben wollten und könnten. Wie die 8½ Millionen Deutsche eine Schwäche für die Vereinigten Staaten bedeuteten, so könnten die 2½ Millionen Deutsche der Schweiz, die den größeren Teil der schweizerischen Gebietsbewohnten, eine Gefahr für dieses Land bedeuten (!). Es sei überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die gleiche Gefahr auch für die neuen Staaten Osteuropas bestehe. Die Berliner Stellen erweckten alle berechtigten Besorgnisse, und man müsse diesen in Europa und Uebersee Rechnung tragen.

Der „geistige Schutz"

sei doch nichts weiter, als ein politischer Schutz zugunsten der offenen und geheimen Bestrebungen Deutschlands.

Ob es sich hier um einen Stimmungswandel oder nur um eine groteske Entgleisung handelt, vermag man noch nicht zu entscheiden. Wichtiger erscheint uns, daß der „Popolo d'Italia" in einen Bericht über den Selbstmord der Marchesa Gabriele Serra-Manischedda in Berlin, der Schwester von Maria Orsta, an die beste kriegerische Tradition der Entente anknüpft. Dieser Bericht verschweigt den Lesern des Blattes, daß die Selbstmörderin Alkohol- und Rauschgiftmißbrauch getrieben, früher schon einen Selbstmordversuch unternommen und auch ihr Vater Selbstmord begangen hat. Ferner berichtet das Blatt im Gegensatz zu dem „Corriere della Sera" und dem „Secolo", daß der italienische Patriotismus der Beerdigten von dem Kloß Anwesenden rüchsichtslos brüskiert worden sei.

★

Es heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, daß die Deutschen der Vereinigten Staaten jemals vor, im oder nach dem Kriege versucht hätten, einen unzulässigen Einfluß auf die Politik von Washington zugewinnen. Der Einfluß der Deutsch-Amerikaner in Nordamerika entsprach in Wirklichkeit nicht einmal ihrer zahlenmäßigen, geschweige denn ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung. Ihre Stellung in innen- und außenpolitischen Fragen war zum Beispiel viel schwächer als die der viel weniger zahlreichen irischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die stets ihre besonderen Ansichten in Washington viel stärker zum Ausdruck zu bringen suchte. Von einer Illoyalität der Deutsch-Amerikanischen gegenüber der Staatsgewalt von Washington kann sprechen, widerspricht in noch viel höherem Grade den geschichtlichen Tatsachen. Es gibt vielmehr auf der ganzen Erde neben dem deutschen kein Volk, dessen Angehörige treu so loyal der Obrigkeit eines fremdstämmigen Volkes gegenüber ihre Staatsbürgerpflichten erfüllen. Wie in den Vereinigten Staaten liegen die Verhältnisse in allen anderen Staaten, in denen deutsche Minderheiten leben. Ein fühlbarer Gegensatz ist nur dort wahrzunehmen, wo man den Deutschen das Recht, das man sonst allen anderen Völkern zugesteht, das Recht auf die Muttersprache und die deutsche Kultur zugehörigkeit, nehmen will.

Ein Wig der neuzeitlichen Politik aber ist es, die Schweiz, einen Bundesstaat, der von deutschen Bauern gegründet wurde und dem sich erst später französische, italienische und lodinische Volkssplitter angeschlossen, als von den deutschen Schweizern gefährdet hinzustellen. Einen Staat, in dem die Mehrzahl der Bevölkerung deutscher Sprache und deutschen Blutes ist. Mit dem gleichen Recht könnte man das Deutsche Reich als von den überwiegenden Mehrzahl seiner deutschen Einwohner gefährdet bezeichnen. Im übrigen wäre es ein Segen für die Minderheiten aller Völker, die in den Staaten fremdstämmiger Völker leben, wenn man sich überall das Beispiel der Schweiz zu Herzen nehmen und allen Staatsbürgern, erscheinen welcher Sprache, die gleichen Rechte im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben einräumen wollte.

Das Hereinziehen der Schweiz in die Kontroverse bedeutet im übrigen den Versuch, auch zwischen der Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich Mißtrauen zu säen, — ein Versuch jedoch, der ohne Erfolg bleiben muß. Unser Nachbarstaat südlich des Rheins weiß nur zu gut, daß es dem Deutschen Reich noch nie eingefallen ist und niemals einfallen wird, seine Selbständigkeit anzutasten.

Briands Machtprobe in der Kammer.

Heute entscheidender Kampf in der Finanzfrage.

a. **Paris**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Es wird erwartet, daß sich heute in der Kammer ein entscheidender parlamentarischer Kampf entwickeln, da nach der gestrigen Abstimmung der Finanzkommission der vermittelnde Vorschlag des Finanzministers Doumer in der Frage der Umwandlung der Besitztitel in namentliche Titel gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen wurde. Der dem Kabinett nahestehende „Petit Parisien" scheint sich über den Ausgang der heutigen Kammeraussprache nicht ganz sicher zu sein, denn er stellt mit gewisser Besorgnis die Frage, ob es der Regierung gelingen werde, den Sieg davonzutragen.

Briand betonte in den Wandelgängen des Senats gegenüber abermals, er habe die Absicht, die Maßnahmen, die das Budgetgleichgewicht betreffen, von dem allgemeinen finanziellen Gesundungsprozeß zu trennen, das in einem späteren Zeitabschnitt zur Beratung gelangen solle. Das Ergebnis der Budgetberatung der Kammer will Briand unter allen Umständen, nötigenfalls, wie bereits berichtet wurde, unter Einsetzung des Bestandes der Regierung, bis nächste Woche dem Senat vorlegen, um auf diese Weise zu erreichen, daß dem Schatzamt zu Beginn des Monats März die unumgänglich notwendigen Eingänge zur Verfügung stehen. Das Ausland habe behauptet, erklärte Briand, Frankreich sei nicht in der Lage, sein Budgetgleichgewicht herzustellen. Es müsse ihm das Gegenteil bewiesen werden. Während sich der Senat mit den Budgetmaßnahmen beschäftigen solle, würden in der Kammer der Locarnovertrag und die Wahlreform zur Sprache gelangen.

Französische Polizei in Deutschland.

Erhebungen in der Fälschereiaffäre.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

In Budapest scheinen die Untersuchungen zum Frankfälscherprozeß abgeschlossen zu sein. Nunmehr setzen in Paris und in Deutschland in bestimmten Richtungen Erhebungen durch französischen Organe ein. Es ist bereits gemeldet worden, daß der französische Polizeibeamte Doulcet nach München, Köln, Berlin, Dresden und Leipzig reist, um dort die Spuren der ungarischen Frankfälschergangelegenheit zu verfolgen. Er äußerte zu Pressevertretern, er trete die Reise nach Deutschland in dem sicheren Bewußtsein an, von Budapest aus viele Anhaltspunkte mitzunehmen, die ihm seine Arbeit erleichtern. Er beabsichtige, sich zwei Wochen in Deutschland aufzuhalten. Er halte seine derzeitige Reisezeit für sehr günstig. In München will er die Spuren des sogenannten Schulze verfolgen, der als technischer Fachmann der Frankfälschungen gilt; in Dresden der Schnellpresse, die aus einem dortigen Unternehmen stammen soll, nachforschen und in Köln Erhebungen über die Herkunft des Notendruckpapiers, das in Budapest verarbeitet wurde, anstellen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß in der ungarischen Fälschereangelegenheit hat in mehrstündigen Beratungen den Prinzen Windischgrätz und seinen Sekretär Raba verhört. Prinz Windisch-Grätz bestritt sich gegenüber allen Fragen sehr zurückhaltend. Raba soll angeblich ausführliche und wichtige Aussagen gemacht haben. Es erfolgen nun noch die Aussagen des pensionierten Generals Hatis, des Polizeichefs Nadaly, des Leiters des Kartographischen Instituts, Görös, und des Arbeiters Kurz. Dann sind auch die Erhebungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses so ziemlich beendet.

Der griechische Diktator über Balkan und Mittelmeer.

Athen, 12. 2. (Sonderdienst der DAZ.)

Zu der Frage, wie das geplante griechisch-serbische Bündnis auf Italien wirken würde, hat der Ministerpräsident Generall Pangalos der offiziösen Zeitung folgende Mitteilungen gemacht:

„Wir wünschen aufrichtig eine Vereinbarung mit Jugoslawien zu erzielen und sind auch der Meinung, daß wir es erreichen werden. Ebenso, wie wir die albanische und die türkische Minderheiten anerkannt haben, werden wir auch die slawischen Minderheiten in Mazedonien anerkennen. Nicht immer und von Jugoslawien, im Gegenteil, wir haben viele gemeinsame Interessen. Das Bündnis etwas griechisch-serbischen Vertrages kann aber in keiner Weise die Entwicklung unserer außerordentlich herzlichen Beziehungen zu Italien stören. Mit Jugoslawien haben wir die Gemeinsamkeit der Balkaninteressen. Mit Italien, der starken Mittelmeermacht, haben wir die gemeinsamen Mittelmeerinteressen. Wenn wir gute Beziehungen zu diesen beiden Ländern pflegen, so wollen wir gleichzeitig dadurch Frankreich und England gegenüber tun, nicht nur, weil sie starke Weltmächte sind, sondern auch weil Griechenland in der Vergangenheit bisherigen unterstützt haben, was wir ihnen nicht vergessen. Auf diese Weise würde Griechenland in harmonischen Beziehungen mit den Mächten und allen Nachbarn auf dem Balkan leben."

Tienfsin von Feng aufgegeben?

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Peking soll die Nationalarmee des Generals Feng, die zurzeit Tientsin besetzt hält, die Räumung von Stadt und Hafen vorbereiten. Verhandlungen seien eingeleitet mit dem von Süden heranrückenden General Li, der Ende letzten Jahres aus Tientsin vertrieben wurde, um ihm die Stadt wieder zu übergeben. Die sogenannten Nationalarmeen sollen die durch die immer noch anhaltende Spannung zwischen General Feng und Moskau in eine schwierige Lage gekommen sein, so jeder Nachschub an Material aufgehört hat.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die Wiener Staatsanwaltschaft hat die Beerdigung des kürzlich entlassenen Chefredakteurs des „Abends", Alexander Weiß, verfügt, der im Verdacht steht, Erpressungen begangen zu haben. Erhebungen darüber finden noch statt. Die Beerdigung erfolgte wegen Verabredungsgefahr.

Das Kompromiß im Fürstenvergleich.

Auch die Deutschnationalen zur Mitarbeit bereit.

Im Rechtsausschuß des Reichstages zeigte sich bei der Weiterverhandlung am Freitag über die Anträge zur Fürstenabfindung eine bemerkenswerte Annäherung der Deutschnationalen an den Kompromißantrag der Mittelparteien.

Der Deutschnationale Dr. Lohmann erklärte, seine Partei habe den Willen, eine gerechte Lösung der Abfindungsfrage herbeizuführen. Obwohl auch er nicht alle Ansprüche mancher Fürstenhäuser billigen könne, sei ein Enteignungsgesetz als gerechte Lösung unbenkbar, ebenso wenig der demokratische Antrag. Der Redner erklärte besonders die Bereitwilligkeit seiner Partei, an der Verbesserung des Kompromißantrags mitzuarbeiten. Gegen die jetzige Fassung äußerte er allerdings noch schwere Bedenken. Soweit sie verfassungsrechtlicher Art seien, erklärte der Redner sich bereit, diese zurückzustellen, wenn der Entwurf eine Fassung erhalte, die eine gerechte Lösung verbürge. Entscheidend für die Stellungnahme der Deutschnationalen werde die Zusammensetzung des einzusetzenden Gerichts sein. In dieser Beziehung sei die Bestimmung bedenklich, daß der Reichspräsident die Richter ernennen soll. Der Redner schlug vorgegen vor, einen Senat des Reichsgerichts mit den Aufgaben des Senatsgerichts zu betrauen und dem Reichspräsidenten das Recht zu geben, die Richter zu überlassen. Unter keinen Umständen dürfe eine Rückwirkung zugelassen werden. Gewisse Rückfälligkeiten wurde man nicht vermeiden können. Es müsse darin auch festgelegt werden, daß Enteignungen nicht ohne jeden Ausgleich verfügt werden können. Bei der Aufwertung dürfe man die Fürstenhäuser unter keinen Umständen anders behandeln als andere Staatsbürger. Der Redner verlangte am Schluß nochmals, trotz schwerer Bedenken seien die Deutschnationalen durchaus bereit, ehrlich an einer gerechten Lösung der Frage mitzuarbeiten.

Der Wirtschaftsparteiler Hampe betonte die Notwendigkeit, möglichst schnell zu einer Einigung zu kommen. Es wandte sich sowohl gegen den Antrag auf entschädigungslose Enteignung wie gegen den demokratischen Antrag. Der Kompromißentwurf trage allerdings verfassungsändernden Charakter. Die Eingelbedenken gegen diesen Kompromiß müßten zurückstehen hinter der Notwendigkeit, eine Einheitsfront für gerechte Lösung der Abfindungsfrage zu schaffen.

Der Ausschuß vertagte die weiteren Beratungen auf Mittwoch.

★

Der Reichstag nahm heute mittag ohne Aussprache den Gesetzentwurf über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zum Saargebiet in allen drei Lesungen an und setzte dann die erste Lesung des Reichsetats für 1926 fort.

Empfang beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitag die Vertreter der Kriegsteilnehmerorganisationen, und zwar die Vertreter des Stahlhelms, des Kyffhäuser-Bundes, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Den Besprechungen, bei der Schaffung eines Ehrenmales für die Gefallenen im Weltkriege gelten, wohnte auch der Reichsinnenminister Dr. Külz bei.

2000 Stahlhäuser für Schottlands Arbeiterschaft.

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus beschäftigte sich ohne Abstimmung die Aufstellung von 2000 Stahlhäusern in Schottland nach dem System des Lord Weir. Die Labour Party ist grundsätzlicher Gegner dieser Stahlhäuser, da sie den Bauarbeitern ungeheilt die Arbeit wegnähmen. Sie befand sich jedoch gestern in einer schwierigen Lage, da die schottischen Abgeordneten erklärten, die Hauptsache sei die schnelle Linderung der Wohnungsnot. In einer besonderen Sitzung der Labour Party wurde schließlich auf Antrag Mac Donalds beschlossen, nicht gegen das Gesetz zu stimmen. Die Häuser werden am 20. Februar eingeteilt und können Anfang März bezogen werden.

Sozialistische Balkan-Konferenz in Sofia.

t. **Sofia**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Wie hier verlautet, wird am Sonntag der Amsterdamer Internationale am 9. April eine sozialistische Balkankonferenz in der Hauptstadt Bulgariens einberufen. In ihrer Konferenz werden sich die Syndikatsverbände Jugoslawiens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands, wie auch Vertreter der Amsterdamer Internationale und der internationalen berufsmäßigen Sekretariate beteiligen. Die Konferenz wird bis drei Tage dauern, sich mit der Arbeiterlage in den Balkanstaaten befassen, und die Richtlinien für eine Verstärkung der Syndikatsbewegungen in den östlichen Ländern aufstellen.

Mexikanische Säkularisierungsbestrebungen.

New York, 12. 2. (Sonderdienst der DAZ.)

Mexikanische Zeitungen melden aus autoritativer Quelle, daß der Gerichtsstaatsanwalt eine Verordnung vorbereite zur Enteignung des gesamten Eigentums der katholischen Kirche in Mexiko. Alle Personen, die kirchliches Eigentum verbergen, sollen bestraft werden. In der Stadt Mexiko seien verschiedene spanische Priester verhaftet und zur Deportation nach Vera Cruz geschickt worden sein. Gegen den Erzbischof von Mexiko soll ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden sein unter der Anklage, die Verfassung verletzt zu haben.

Der Münchener Bürgermeister in New York.

New York, 12. 2. (W. T. B.) Der Münchener Bürgermeister Scharnagl und seine Begleiter empfingen seitens Vertreter der New Yorker Presse um ihnen für das Interesse an Ausdruck, das die Presse und andere Kreise ihrem Besuch entgegengebracht hätten. Scharnagl lente die Verhältnisse in den deutschen Städten der und erklärte, er wäre dankbar, wenn das Interesse der amerikanischen Presse für die deutschen Städte als die Hauptträger der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaft bewiesen erweckt würde.

Die Arbeitslosigkeit.

Zur Methodik ihrer Feststellung.

Von

Professor Dr. **Heinrich Silbergleit.**

Das Wort von der Beständigkeit des Wechsels gilt ganz besonders vom Umfange der Arbeitslosigkeit. In der Scheinblüte der Inflationszeit, als wir gar nicht genug produzieren konnten, um unsere Waren dem Auslande für ein Spottgeld hinzugeben, da es im Deutschen Reiche von fremden Nutznießern unserer Geldentwertung überwoll war, die in unseren Städten, Bäder- und Erholungsorten für wenige Goldgroschen den Tag ein behagliches Leben führen konnten und nur um zu sparen nach Deutschland reisten, gab es so auf wie keine Arbeitslosigkeit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. September 1922 im ganzen Reich nur 11 671, während sie noch vier Jahre früher auf über 400 000 und ein Jahr später wieder auf nahezu 250 000 (ohne das besetzte Gebiet) emporgestiegen war. Bei Beginn des Jahres 1924 war sie auf über 1½ Millionen angewachsen, wieder bei Ausschluß des besetzten Gebiets. Damit war zunächst der Höhepunkt erreicht, von dem sie in den folgenden Monaten zunächst noch langsamer, später schneller herabging, bis sie am 1. Juni 1924 wieder auf wenig mehr als 400 000 herabgeschmolzen war. Schwankungen, die die Jahreszeit mit sich bringt, treten im weiteren Verlauf auf. Durch entscheidene Abnahme werden sie von Frühjahr 1925 an abgelöst, und im Juli desselben Jahres wird mit etwa 200 000 ein Tief land erreicht, von dem es dann zunächst noch in schwachem, vom November ab in an schnellem Tempo wieder hinaufgeht: Am 15. Dezember 1925 sind es schon über 1 Million, am 1. Januar dieses Jahres fast 1½ Millionen und bei der neuesten Feststellung vom 1. Februar über 2 Millionen Arbeitslose, die die öffentliche Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen.

Da entsteht denn die Frage: Ist mit dieser Zahl — von den sogenannten Zuschlagsempfängern, d. i. den Ehegatten, den Kindern und den sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen sind abgesehen — der Umfang der Arbeitslosigkeit wenigstens erschöpft? Nach das ist nicht einmal der Fall. Denn das Recht auf Erwerbslosenunterstützung ist mit dem Vorliegen von Arbeitslosigkeit allein noch nicht gegeben. Zunächst dürfen die Einnahmen des zu Unterstützenden und seiner mitverdienenden Angehörigen zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreichen, wobei freilich gewisse Einkünfte, wie die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen, das Stillgeld der Wöchnerinnen u. a., nicht zur Anrechnung gelangen. Ferner muß eine mindestens bestimmte Zeit versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten 12 Monate vorliegen. Weiter muß der erstattungsfähige Zahlung der Unterstützung eine Wartezeit von einer Woche vorangehen, während sie anderseits innerhalb von 12 Monaten in der Regel nicht länger als für zusammen 26 Wochen gewährt werden soll, wovon freilich in dringenden Fällen Ausnahmen gegeben sind. Beschränkte Zustimmen liegt ferner bei den Jugendlichen vor, dann aber bei den Ausländern, für die sie auf Gegenseitigkeit abgestellt ist, so daß nach alledem zwischen dem Arbeitslosen im wirtschafts- und im sozialpolitischen Sinne in der Tat ein weitgehender Unterschied vorhanden ist, an dem auch dadurch nicht viel geändert wird, daß hier wie auf anderen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrtspflege gelegentlich mißbräuchliche Inanspruchnahme vorkommt, da diesen Fällen wiederum andere gegenüberstehen, in denen der unterstützte Erwerbslose, der nun die Zeit zur ärztlichen Behandlung eines vielleicht schon länger vorhandenen Leidens gekommen sieht, sich krank schreiben läßt. Uebrigens sind auch wegen Streiks oder Aussperrung arbeitslos Gewordene in den ersten vier Wochen nach Beendigung des Arbeitskampfes von der Unterstützung ausgeschlossen. Nicht zu vergessen ist das große, zahlenmäßig schwer erfaßbare Heer der Kurzarbeiter.

So liegt denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Unzulänglichkeit der Erwerbslosenzahlen als Maßstab des tatsächlichen Umfangs der Arbeitslosigkeit außer allem Zweifel.

Nun werden aber in den statistischen Beilagen zum Reichsarbeitsblatt auch die Ergebnisse der bei den Arbeitsnachweisen bei Stichtagszählung in der Mitte des Monats nur 834. Nun besteht aber nicht einmal bei dieser Stichtagszählung die Einheit der berichtenden Nachweise, welche doch die Grundlage der Vergleichbarkeit bildet. Nach der mit dem Reichsarbeitsblatt vom 1. 5. M. ausgegebenen Nachweisung über die Zählung vom 15. Januar werden bei dieser 890, bei der gleichartigen Erhebung des Vormonats aber nur 832 Arbeitsnachweise beteiligt? Da hört denn doch jede Möglichkeit eines Vergleichs auf, zu dem immer ihnen durch die unmittelbare Gegenüberstellung der Zahlen geradezu verleitet wird. Für eine solche ist durchaus Gleichheit der Grundlagen, alle vorliegend der berichtenden Arbeitsnachweise zu fordern, die, soweit sie nicht vorhanden ist, doch ohne erheblichen Zeitaufwand wenigstens für zwei aufeinanderfolgende Termine durch Ausschreibung der nicht bei beiden berichtenden Nachweise herzustellen ist. Zu diesen äußeren, aber deshalb nicht weniger belangvollen treten doch die inneren,

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

durch die gegenwärtige Verfassung des Arbeitsnachweisesweses bedingten Mängel seiner Statistik hinzu, besitzen die Arbeitsvermittlungen doch kein Monopol der Arbeitsvermittlung, werden doch auch andere Wege zur Erlangung von Arbeit eingeschlagen, wie die Umschau, d. i. die unmittelbare persönliche Anfrage bei dem Arbeitgeber, und werden ferner doch auch in den Zeitungs-Stellen gesucht und Stellen angeboten. Aber der Statistik wegen den Meldezwang und — zur Vermeidung von Doppel- und Mehrfachzählungen — die örtliche Zusammenfassung aller Arbeitsnachweise zu verlangen, wäre ein etwas radikales Vorgehen, das zudem vom Standpunkt der Arbeiterinteressen gewichtige Bedenken barbiete. So gilt von vielen wie von der Statistik der Erwerbslosenfürsorge in deren gegenwärtiger Verfassung die allerdings nicht sehr ästhetisch anmutende Gleichstellung des Hobels und des Pfaffen bei Christ Heine, der sich auch dabei wieder einmal recht ungesogen gab.

Wie soll man aber dem wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit näherkommen, dieses nach wie vor schwerwiegenden sozialen Defizits, das zugleich von so hervorragender hypothetischer Bedeutung für die allgemeine Wirtschaftslage ist? Schätzungen wird es mit den bloßen summarischen Zahlen noch nicht sein Genüge haben dürfen. Weil es sich in erster Reihe um eine soziale Krankheitserscheinung handelt, wird man auch über die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen Näheres zu erfahren wünschen. Da wird die Statistik der Arbeitslosen zum Selbstzweck, und es entsteht das Problem der Arbeitslosenzählungen.

Ein erster Versuch dieser Art wurde für das Deutsche Reich bereits vor einem Menschenalter unternommen, und zwar gelegentlich der Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895, und schon bei der Volkszählung vom 2. Dezember desselben Jahres wurde er wiederholt. Daß er gelungen wäre, kann man nicht gerade behaupten, da schon durch die Fragestellung die Einbeziehung von Elementen, die als Arbeitslose, schlechterdings nicht gelten können, geradezu provoziert, und die laubere begriffliche Herausarbeitung erschwert war. Daß trotzdem, daß die Veröffentlichung der Ergebnisse erst zwei Jahre später erfolgte, als sie jedes praktische Interesse längst eingebüßt hatten. Auch bei der neuesten Volkszählung vom 16. Juni vorigen Jahres wurde die Arbeitslosigkeit wiederum erhoben, von den Ergebnissen aber verlautet nach nichts, so sehr es sich um eine in ihrer Verursachtheit bereits weit eingangs gekennzeichnete Erscheinung handelt. Die Mühlen der Volkszählung mahlen eben recht langsam. Daß sie anders schwer können, mag zugegeben werden. Gerade deshalb aber muß die Volkszählung als Gelegenheitserhebung der Arbeitslosen grundsätzlich abgelehnt werden. Hier wie bei der jährlich für die Zwecke der Einkommensteuerveranlagung erfolgenden Personenstandsaufnahme sind es eben die praktischen, einer schnellen Bewältigung der Arbeit entgegenstehenden Hemmungen, welche die Bewertung ausschließen sollten. Ein weiterer Nachteil liegt, wie Verfasser schon in einem im Jahre 1908 der Berliner Städtischen Deputation für Statistik erstatteten Gutachten ausgeführt hat, in der Gebundenheit dieser Feststellungen an bestimmte, erst in größeren Abständen wiederkehrende Zeitpunkte, die ein geeignetes für eine Untersuchung des Arbeitsmarkts vielleicht nicht recht geeignet erscheinen und bei ihrem Loslösellsein vom eigentlichen Bedürfnis mit einem Mangel an aktuellem Interesse leicht zu rechnen haben könnten, was übrigens ganz besonders vom Zeitpunkte der letzten Volkszählung gilt, wo die Arbeitslosigkeit sich nun schon den tiefsten Stand seit Ausbruch der Inflation bewegte.

Aber vielleicht ist das, was bei Gelegenheit allgemeiner Erhebungen nicht möglich ist, durch besondere Anstalten zu erreichen, die die Statistik der Arbeitslosigkeit als Selbstzweck sehen?

Auch das wurde versucht. Wo man mit dem geringsten Maß von Ansprüchen an Genauigkeit der Ergebnisse sich zufrieden gab, geschah es schon durch Auffüllung von über die Stadt verteilten Sammelstellen, in welche die Berfer (nach dem jeweiligen Stande der Stadt erhältlichen Formulare zu werfen hatten — ein Verfahren, das sich in Abwandlung des berühmten Reuleauxschen Wortes als „sinnlos und schlecht" auch am einfachsten kennzeichnen läßt.

Dagegen bietet das vom Verfasser angegebene, bei der Berliner Arbeitslosenzählung von 1908 durchgeführte Verfahren der Entgegennahme der persönlichen Meldung der Arbeitslosen bei zahlreichen über die Stadt verbreiteten, aus Unparteiischen (Lehrerschaft) unter Zuziehung von Arbeitervertretern gebildeten Zählbüros unglaublich großere Bürgschaften für Richtigkeit für die Wahrhaftigkeit der Ermittlung, wobei noch andere Wege zur Erlangung von Arbeit eingeschlagen, wie die Umschau, d. i. die unmittelbare persönliche Anfrage bei dem Arbeitgeber, und werden ferner doch auch in den Zeitungs-Stellen gesucht und Stellen angeboten. Aber der Statistik wegen den Meldezwang und — zur Vermeidung von Doppel- und Mehrfachzählungen — die örtliche Zusammenfassung aller Arbeitsnachweise zu verlangen, wäre ein etwas radikales Vorgehen, das zudem vom Standpunkt der Arbeiterinteressen gewichtige Bedenken barbiete. So gilt von vielen wie von der Statistik der Erwerbslosenfürsorge in deren gegenwärtiger Verfassung die allerdings nicht sehr ästhetisch anmutende Gleichstellung des Hobels und des Pfaffen bei Christ Heine, der sich auch dabei wieder einmal recht ungesogen gab.

Wie soll man aber dem wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit näherkommen, dieses nach wie vor schwerwiegenden sozialen Defizits, das zugleich von so hervorragender hypothetischer Bedeutung für die allgemeine Wirtschaftslage ist? Schätzungen wird es mit den bloßen summarischen Zahlen noch nicht sein Genüge haben dürfen. Weil es sich in erster Reihe um eine soziale Krankheitserscheinung handelt, wird man auch über die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen Näheres zu erfahren wünschen. Da wird die Statistik der Arbeitslosen zum Selbstzweck, und es entsteht das Problem der Arbeitslosenzählungen.

Ein erster Versuch dieser Art wurde für das Deutsche Reich bereits vor einem Menschenalter unternommen, und zwar gelegentlich der Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895, und schon bei der Volkszählung vom 2. Dezember desselben Jahres wurde er wiederholt. Daß er gelungen wäre, kann man nicht gerade behaupten, da schon durch die Fragestellung die Einbeziehung von Elementen, die als Arbeitslose, schlechterdings nicht gelten können, geradezu provoziert, und die laubere begriffliche Herausarbeitung erschwert war. Daß trotzdem, daß die Veröffentlichung der Ergebnisse erst zwei Jahre später erfolgte, als sie jedes praktische Interesse längst eingebüßt hatten. Auch bei der neuesten Volkszählung vom 16. Juni vorigen Jahres wurde die Arbeitslosigkeit wiederum erhoben, von den Ergebnissen aber verlautet nach nichts, so sehr es sich um eine in ihrer Verursachtheit bereits weit eingangs gekennzeichnete Erscheinung handelt. Die Mühlen der Volkszählung mahlen eben recht langsam. Daß sie anders schwer können, mag zugegeben werden. Gerade deshalb aber muß die Volkszählung als Gelegenheitserhebung der Arbeitslosen grundsätzlich abgelehnt werden. Hier wie bei der jährlich für die Zwecke der Einkommensteuerveranlagung erfolgenden Personenstandsaufnahme sind es eben die praktischen, einer schnellen Bewältigung der Arbeit entgegenstehenden Hemmungen, welche die Bewertung ausschließen sollten. Ein weiterer Nachteil liegt, wie Verfasser schon in einem im Jahre 1908 der Berliner Städtischen Deputation für Statistik erstatteten Gutachten ausgeführt hat, in der Gebundenheit dieser Feststellungen an bestimmte, erst in größeren Abständen wiederkehrende Zeitpunkte, die an sich geeignet

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 12. Februar 1926.

Fromme Wünsche für den Zoo.

Zu seiner Erweiterung.

Wie ein Geschenk trifft uns die Nachricht, daß unser guter alter Zoo vergrößert werden soll. — Ein Kanalisier, bis zur Schreibmaschinenschrift. Das ist ein gut Stück Neuland, und alle Zoofreunde sind begierig, wie es ausgestaltet und ausgenutzt werden soll. Wir wünschen uns, daß mit dem Zuwachs die universitäre Natur erhalten bleibe und daß die Einbeziehung des Uferstreifens keine Bäume foste. Allzu durchsichtig ist der Garten in den letzten Jahren geworden, nahezu ein Raub, durch Verbauung eines schönkörperlich aus Kurfürstendamm sich sanieren mußte. Ueberall schimmern Häusermauern durch Gebüsch und Baumbestand und erinnern uns innerhalb des Parkfriedens allzu deutlich an Kultur und Stimmungsfeind, und von den Mauern des „Kapitols" fällt ein gemaltiger Schatten auf einst durchsonnte grüne Winkel, blanke Weiher und das Getier, das hier behaust ist.

Den Tieren, die ihr Leben für er Kongerpark und Kosfohumwelt ist, doch Hauptzinn des Parkes sind, wünschen wir viele Vorteile und Vergünstigungen durch den Neuerwerb am Tiergarten. Es gibt noch immer Lücken im Zoo, die wie Stiefkinder wirken, obgleich wir wissen, daß Direktor Heck alle seine Pfleglinge wie eine große Familie in sein Herz geschlossen hat. Manchmal mag Kriegsgeist in Kriegsgeist, Hunger und bequeme Grenzen. Nun aber gilt es: „Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus."

Welche Erneuerungsbauten werden zuerst vorgenommen werden? Die Bedürfnisse bitten: Gib den Hunden größeren Auslauf! Es sind so prachtvoll junge, kräftige Geschöpfe unter ihnen, sie möchten gern die ungeübimen Glieder regen. Ihre Zwinger liegen hell und freundlich, aber sie sind eng. Schlimmer sieht das kleine Raubtierhaus aus. Es ist ganz und gar vom alten, ältesten Stil, düster, kerkerhaft. Die Hyänen — gewiß keine sympathischen Tiere, aber doch unfreiwillig und unentrinnbar dem Naturzwang verfallen, der sie werden ließ, wie sie sind — die Hyänen stehen in ihren Gefängnissen wie Schwerverbrecher, um ihre Sünden, die gemeinlichen Sachen, verdienen für ihre Zutraulichkeit, die manchmal schon mit frecher Vertraulichkeit identisch ist — man sieht nicht ohne Grund „Frechdachs" —, erst recht eine kompatriotische Unterkunft. Gegenüber in dem gleichfüchigen Raube, wo unter die Füchse und oben die einheimischen Raubvögel untergebracht sind, sieht es auch recht nach Notwohnung aus. Es fehlt an der Bewegungsfreiheit.

Prächtig in Ausmaß und Einrichtung sind die Wild- und Rindergehege, das afrikanische Dorf der Pferde und Esel; vorbildlich haben es Hühner, Tauben und die Singvögel, die in freiheitsfreien leben. Auch für die Insassen des Schaffiesen wurden zum Teil geräumige flugtüchtige geschaffen; Webervögel, Glanzstare finden hier ein Stück Heimat, in Liebesspielen ging man auf Brutpflegeleistungen ein. Ihr munteres und anmutiges Treiben fesselt derart, daß die Besucher — auch das gehört zu den frommen Wünschen — sich gern zu gemütlichem Beschauen und eine Zeitlang nach nicht vorhandene Bank niederlassen würden. Nicken an Nicken mit den exotischen Singvögeln hausen Papageien und Kakadus — Haratterwelle und schätzenswerte Zeitgenossen zweifellos und eine Augenweide in der Glut ihrer Farben. Ihr Organ jedoch fällt nach Starkmätigen auf die Nerven. Das weniger exotische Gekreisch der Loras und Kakdos erübrigt alle die ganzen Wellensittiche und Sänger.

Und muß für diese selbst die lärmende Nachbarschaft nicht eine Pein und ein Anlaß zur Furcht sein? Wenn im erweiterten Garten beide Parteien getrennt werden könnten!

Zuletzt wäre noch ein gutes Wort für Seebund und Seelöwen einzulegen. Muß den Meeresbewohnern ihr Behälter nicht wie eine Pflege vorkommen? Gibt ihnen menschliches einen Ersatz? Spielzeuge soll der Garten gewähren, buchstäblich genommen — Spielraum allem Getier — und lieber keine Wälzerbauten, weil Menschenausstellungen die Menschlichkeit immer ein wenig verletzen! Anna Kappstein.

Jahresfest der Bibelgesellschaft.

Die Preußische Haupt-Bibelgesellschaft feiert am Sonntag, den 14. Februar, ihr 111. Jahresfest im Vormittagsgottesdienst der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche. Die Festpredigt hält Oberpfarrer Hofprediger Richter, den Festbericht gibt der Sekretär der Gesellschaft Superintendent Brandin. Ein Vortrag Lukas berteilt an 30 Konfirmanden die illustrierten Neuen Testamente und macht den Beschluß. Der Kirchenchor wird die Feier durch Chorgesänge verschönen.

Hilfe für die vertriebenen Posener.

Von betreffender Seite werden wir um Abdruck folgender Mitteilung gebeten: „Wie groß die Nöte der seinergeit aus der Provinz Posen Vertriebenen und auch unmittelbar im Vorjahr ausgewiesenen Landsleute ist, dürfte hinreichend bekannt sein. Sehr viele Landsleute wissen gar nicht, an wen sie sich in ihrer Not wenden sollen, denn es ist ihnen nicht möglich, noch für Erteilen von Rat und Hilfe irgendwelche Beträge herzugeben. Die „Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen-Groß Berlin" in Neukölln, Emser Straße 102 III, hat sich nun zur Aufgabe gestellt, ihren Landsleuten mit Rat und Tat zu helfen, soweit ihr Verfügung zu stehen, ganz gleich, ob es sich um Materielleres in Unterstützungsfragen und Beerbeitung bei Behörden in Berlin handelt. Die Landsmannschaft hilft auch gern Landsleuten, die nicht in Groß Berlin wohnen."

Ein gefährlicher Transport.

Bei einer großen Razzia auf politische Flüchtlinge wurde, wie bereits mitgeteilt, in einer Schnittenscheune in Juchow bei Neu-Stettin von der Landjägerei unter anderem auch ein auf Glückauer Gebiet gebürtiger Arbeiter Ignaz Kowalczyk festgenommen, der der Teilnahme an mehreren Mordtaten überführt ist. Kowalczyk wurde jetzt aus dem Gefängnis in Bärwalde schwer gefesselt und unter allen Vorsichtsmaßregeln nach Berlin gebracht. Nachdem er bewußtlos geworden war, wurde Erfrischungsbelebung vorgenommen und gemessen worden war, sollte er mit dem Eisenbahnzuge nach Osterburg überführt werden. Trotz seiner schweren Fesselung und der Aufmerksamkeit der Aufsichtsbeamten gelang es ihm, kurz vor der Station Seehausen bei Osterburg aus dem Zuge zu stürzen. Die Beamten liefen den Zug sofort halten und fanden den Verbrecher auf dem Schienenstrang liegen. Er hatte sich eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen zugezogen. Während der Zug weiterfuhr, konnten die Beamten für ärztliche Hilfe und Pflege von Osterburg, besonders Landgerichtsrat benachrichtigt wurde, ein Motorauto kommen, mit dem der Verletzte dann an das Ziel gebracht wurde.

Ball der Polizeioffiziere.

Wer als bescheidener Zivilist zu dem Ball der Polizeioffiziere im Marmorsaal kam, mußte sich beim Anblick der uniformierten Gestalten etwas einsamlichst fühlen. Erst gegen Mitternacht wird die Benommenheit; der gedämpfte, ausgleichende Klang des Saxophons führte Militär und Zivil zusammen, und eine gute Fröhlichkeit beherrschte das Fest bis zum Ende, das man auf 4 Uhr festgesetzt hatte. Der Marmorsaal reichte diesmal aus, alle Gäste unterzubringen, aber das Organisationskomitee der Berliner Schupo bewährte sich hier vortrefflich. Zwei Orchester der Gruppen Mitte und Süd hielten von der oberen Tribüne herab die Massen in Fluß. Nur durch die rhythmische Bewegung der Tanzenden wurden Verkehrsstockungen vermieden. Herr v. Dühnlein und Fräulein Martin, ein erprobtes Tanzerpaar, gaben das entsprechende Tempo an. Von besonderen Darbietungen hatte die Regie abgesehen, so daß man sich dem Tanz uneingeschränkt widmen konnte. Zur Belebung des Festes trug in erheblichem Maße die Jazzkapelle der Gruppe Mitte bei, die im Bestehen Aufstellung genommen hatte. In den Seitenlogen saßen die Prominenten: Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Friedensburg, der Polizeipräsidiumsrat Weiß und Mosle, Oberst Haupt, Oberst Heimannsberg, Herr v. Zitzewitz (Polizeipräsident von Potsdam), Oberverwaltungsdirektor Gerstel und der Vertreter des preußischen Innenministeriums. Weil Genugtuung bildete Oberstbeamtenmeister Dillenburger, der Vorsitzende der Vereinigung der Polizei-Offiziere Preußens E. V. auf das frohe Treiben, denn es durfte sich mit Recht als der spiritus rector des Festes bezeichnen. —di.

Empfangsabend Berliner Verbandsfegelar

Die 28 Berliner Segelvereine, die im Deutschen Segelverbande zusammengeschlossen sind, trafen sich am Donnerstag zum ersten Male bei einer gemütlichen gesellschaftlichen Veranstaltung im Hotel Esplanade. Es war ein glanzvolles Bild, das sich dem Besucher bot. Eine Fülle, die heimate erdrückt, und eine Fülle Stimmung, die gleich von Anfang an die Gäste packte. Wer da war? Nun, Segler und Freunde des blauen und grünen Wassers. Nun wenigst Namen: Jens Bahnsen, Admiral Reuter, Konteradmiral Dibekop, vom Polizeipräsidium Dr. Friedensburg, der Leiter der Wasserschutzpolizei Professor Pompeckij und der Leiter des Deutschen Hochschule Professor Dr. Orth. Und wer nicht da sein konnte, der gedachte der Segler auf ihrem Feste. So hatte der Reichspräsident v. Hindenburg telegraphisch Grüße und Wünsche für eine weitere erfolgreiche Entwicklung des Berliner Segelsports gesandt. Stürmischer Beifall und die erste Strophe des Deutschlandliedes dankten für diese Huldigung. — Schon in früher Abendstunde trat der Tanz in sein Recht, in zwei Sälen zugleich. Gegen Mitternacht kam dann der lustige Seeleutefest, von dem Dramaturgen des Staatstheaters v. Mayo verfaßt und von Mitgliedern des Staatstheaters (Maria Paudler als „Schöne Seglerin", Albert Patry und Ernst Pettler) dargestellt, zur Aufführung. Es war so lustig und ausgelassen, daß den Darstellern und der „Schönen Seglerin" (Kostümenwurf Margot Moeker) wahre Beifallsstürme dankten. Ein lustiger Matrosentanz (Beiten der Staatsoper) beschloß das sogenannte offizielle Teil, und nun folgte in größter Ausgelassenheit der Tanz der Havel- und Spreematrosen „bis früh um fünfe". Alles in allem, ein schöner Segelerfest, ein Fest eine, die dabei waren, nur einen Wunsch mit nach Hause nahmen: Wiederholung im nächsten Jahre!

—r.

Bunter Abend im Schöneberger Rathause.

Der Hausspielgeverein Schöneberg, der die Aufgabe erfüllt, Pflegestellen unentgeltlich oder zu geringem Entgelt in unbemittelten Familien einzurichten, veranstaltete im Festsaal des Rathauses einen bunten Abend. Martha Erbs-Künzel trug mit großem Erfolg Arbeiten über Brenz „An der schönen blauen Donau" vor. Paul Casper sprach eigene Dichtungen; Willi Rosig sang Hugo Wolf-Lieder. Das Trio Erbs-Kistner, Winzinsheim, Wolm Werner erfreute durch ein Trio von Mozart. Das alte naiv anmutige Singspiel „Singsudelchen" — soll vorgeführt — hatte einen großen Interessentenkreis. Vorbeliebter zur Gitarre wurden von Liesl Werner und Willi Möserthin humorvoll vorgetragen. Zum Schluß führten Mitglieder des Vereins und österreichischen Alpenvereins einen Kuhvorführen und einen Wastschanzug vor. Die drastische Komik und außerordentliche Gelenkigkeit der Tänzer wirkten so volkstümlich und lebensfroh, daß die Zuschauer ihre helle Freude daran hatten. K. F.

Gesellschaftsabend der ausländischen Studierenden.

Die Vertretung ausländischer Studierenden an der Berliner Universität hatte im Bankettsaal des Abgeordnetenhauses am 31 Dezember mit 31 Gästen der Berliner Studentenschaft zu einem Gesellschaftsabend vereint. Unter den Gästen bemerkte man die Geheimräte Professor Dr. Lubarsch Hahn und Strahmann und die Vertreter der amerikanischen Botschaft, der bulgarischen Gesandtschaft und des Auswärtigen Amts. Mustafa Sabri Bey, Frau Simonen und Frl. Wanne (Finnland), und Kammersängerschepparet Kraeff (Bulgarien) und ihrer perfekten Studentenvorträge dem Abend einen künstlerischen und humoristischen Rahmen.

Die Verschönungen des Schuldieners.

Zu der Verhaftung des Schuldieners Kessler erfahren wir weiter, daß bisher noch vier Kinder festgestellt worden sind, die K. mißbraucht hat. Die Nachforschungen sind aber noch nicht ganz abgeschlossen. Wie festgestellt wurde, hat Kessler den Mädchen gegenüber zum Teil Geschenke angewendet. Der Verhaftete, der nicht leugnet, will immer nach bestimmten Mädchen suchen. Er sagt, daß er nachmittags fast immer getrunken habe und sich deshalb nicht erinnere, was vorgefallen sei.

Der Grüne Dom.

Die Vorarbeiten zur „Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung", die am 23. April in Dresden eröffnet wird, scheiten rüstig voran. Ein hervorragendes Werk, die Schmittpunkt mehrerer Achsen, in deren Richtung sich die großen Hofen- und Zubaulangen sowie die Kommerzhallen, die Musikhalle und die Halle „Grünen Dom" gearbeitet. Die Idee dieses Bauwerkes stammt von dem Architekten Josef Wenzel, Direktor der Gemeinnützigen Gesellschaft des Gartenarchitekten Gustav Allinger (Berlin). Neben den architektonischen und künstlerischen Funktionen hat der Bau den Zweck, den Besuchern von der in 30 Meter Höhe befindlichen Plattform aus einen Ueberblick über das ganze Gelände der Ausstellung und Umgebung, die Wipfel des Großen Gartens bis zu den rings um Dresden sich hinziehenden Höhenzügen zu ermöglichen. Die Konstruktion des Bauwerkes wird aus Holz hergestellt. Eine besonders eigenartige Außenwirkung soll durch eine Begrünung mit wildem Wein erzielt werden, der in 15 Etagen übereinander angeordnet ist. Für die Bepflanzung sind ungefähr 5000 Schlingpflanzen nötig. Jede dritte Etage wird außerdem einen Kranz von blühenden Blumen erhalten.

Aerztliche Hilfe auf hoher See.

Der Lloyddampfer „Berlin", der in Hoboken angelegt hat, passierte auf der Höhe des Leuchtfeuers von Nantucket ein Frachtdampfer „Ida Annner". Der erste Funkspruch mitteilte doch ein Mitglied seiner Besatzung während seines Seegangs von einem Blinksignal gerufen zu sein und erscheinend im Steuern liege. Die „Berlin" entsandte daraufhin ein Rettungsboot mit dem Schiffsarzt Dr. Krüger, dem zweiten Offizier und sechs Mann von der Schiffsbesatzung. Bei den Frachtdampfer nach einem Rampf mit der hochgehenden See erreichten. Da eine Rückfahrt zum Dampfer „Berlin" in gefährlich war, bestiegen die acht Leute an Bord der „Hannover", die später in Weehawken eintraf. Der Verletzte von der „Hannover" befindet sich auf dem Wege der Besserung.

„Wir sahr'n so gemütlich . . ."

ul. Landsberg a. d. W., 12. 2. (Eigenbericht.)

Auf der Strecke Landsberg a. d. W.—Zielenzig ereignete sich auf der Station Plonis-Blachwitzel ein heiterer Vorfall. Der Zug, der abends von Landsberg nach Zielenzig abfuhr, rangierte. Durch ein Mißverständnis setzte er plötzlich seine Fahrt fort, sich aber den letzten Wagen mit drei Insassen ziehen ließ. Der Zug lief. Trotz Lauten Alarms, den ein mitfahrender Beamter auf seiner Signalpfeife anschlug, gelang es nicht, den Zug auf das Versehen aufmerksam zu machen. Schließlich der Beamte das Vergebliche seiner Bemühungen eingesehen hatte, sog er kurz entschlossen vor der Station Hammer die Notleine. Gemütlich trat nun der Zug unter großem Gallo der Passagiere die Rückfahrt an, um den vergessenen Zugfahrer zur Weiterfahrt abzuholen.

Am Mittwoch, den 17. d. M., abends 6 Uhr, findet im Dom eine litharische Andacht unter Mitwirkung des gesamten Domchors statt.

Die städtische Autosteuer.

Abwehrmaßnahmen der Automobilbesitzer.

Die Annahme der städtischen Autosteuer in der Stadtverordnetenversammlung hat fast die gesamte Geschäftswelt, die Automobile zu halten gezwungen ist, um ihre Waren zu befördern, das Kraftfahrzeugsteuergesetz, das Reichsgesetz von Kraftfahrzeugen, veranlaßt, sich sofort zusammenzuschließen, um Abwehrmaßnahmen gegen diese Steuer zu beschließen. Die Berliner Handelskammer wird schon in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich darüber schlüssig zu werden, wie man der Stadt Berlin entgegentreten könne, um zu verhindern, daß weitesten Kreisen neue und nur zum Teil berechtigte Steuern aufgebürdet werden.

Gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung werden, wie mitgeteilt wird, die Rechte der Bürgerschaft zu gebrauchen. Die Verwaltungsstreitverfahren einschlagen. Das Oberverwaltungsgericht wird sich also mit der Prüfung der Angelegenheit zu befassen haben. Die klagenden Automobilbesitzer werden in dem Verfahren nicht nur Sachverständige von den Kraftfahrzeugbesitzern vorzuladen lassen, sondern man wird von der Stadt Berlin auch die Vorlegung ihrer Straßenbauplanlistiken verlangen können. Es wird, daß die Stadt Berlin in diesem Prozeß alle Karten aufdecken muß, und daß sie neben der Verärgerung weitester Kreise der Bürgerschaft auch noch die Kosten zahlen muß, die durch die Aufstellung des Steuerentrichtungsapparates entstehen.

Auch die Organisationen der Berliner Kraftdroschkenbesitzer sind, wie wir hören, entschlossen, den neuen Autosteuer den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, da die neue Abgabe rechtlich unbeweisbar sei und ferner die bisher durchgeführte Bevorzugung der Kraftdroschkenartsie in Frage stelle. Die der Lohnkutscherbesitzer, der Kraftdroschkenbesitzer Verbände, der Berliner Kraftdroschkenbesitzer, der Zentralverband der Kraftdroschkenbesitzer sowie der Verband der Kleinkraftdroschkenbesitzer haben sich geschlossen, sich mit einer Eingabe an den Oberpräsidenten zu wenden, in der gebeten wird, daß die Aufschiebung der Verkehrsbauabgabe des Magistrats ihre Zustimmung verlangen soll. Zum mindesten wird aber erfordert, daß die Erhebung der neuen Steuer bis zum Erlaß des Reichskraftsteuergesetzes ausgesetzt werde. Ein dahin zielender Antrag soll auch an die Berliner Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden. In der Eingabe an den Oberpräsidenten soll vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Stadtverordnetenversammlung eine rechtsgültige Begründung fehlt, da nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen die Erhebung einer Wegebaubabgabe nur für unmittelbare Bedürfnisse der Straßen erfolgen darf, daß aber die Abnutzung der Straßen durch den Personenverkehr durchaus keine übermäßige, sondern eine allgemein übliche ist.

Nur noch wohlriechende Autos.

Der Polizeipräsident weist mit: Durch die Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925 sind die Bestimmungen verschärft worden, durch welche vorgeschrieben wird, daß im Kraftfahrzeugbetrieb alle die Gesundheit schädigenden Dünste und Gase nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Die Polizei wird daher in Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit auf den Kraftfahrzeugverkehr achten und gegen alle Kraftfahrzeuge, bei denen festgestellt wird, daß sie enthalten übelriechende Dämpfe auslassen oder übermäßig stinkende Gase verursachen, einschreiten. Es sind bereits seit einiger Zeit Kraftfahrzeugen, die, wie vorerwähnt, lästig fallen, einzuschreiten.

Dem Geschäftsführer Kraftfahrzeugverkehr von der Streife ein Vorbrand ausgehändigt mit der Weisung, daß betreffende Fahrzeuge innerhalb der Frist bei der Polizeiwache (Charlottenburg, Kaiserdamm 1) vorzuführen. Fahrzeuge, die innerhalb der angegebenen Frist dem Polizeiwache nicht vorzuführen sind, werden außer Betrieb gesetzt. Das Kraftwerkfahrzeug wird von den Streifen über jeden einzelnen Fahrzeugführer ein Protokoll aufnehmen. Es ist ferner die Fahrzeugvorführung innerhalb dreier Tage nach der Feststellung durch die Streife vom Kraftwerkführer genauestens bestrafen.

Auf die Tätigkeit dieser angekündigten Gerüchs- und Giftnoten wird man gespannt sein dürfen. Die Aktsicht, die Berliner Straßen- und Straßenbahnen zu machen besteht schon lange Zeit, „allein mit fehlt der Glaube" — trotz aller Verordnungen.

Deutschlandfahrt der Pfälzer Amerikas.

Wie eine Reihe anderer deutsch-amerikanischer Vereine wird auch vom amerikanischen Pfälzer Volksfestverein für den Monat Juli eine Deutschlandfahrt geplant, für die sich bereits jetzt unter den Pfälzern von New York sehr starke Interesse bekundet. Von Rüdesheim aus wird über Heidelberg und Mannheim der Besuch der pfälzischen Heimat erfolgen. Am Ende Veranstaltungen werden in Neustadt und Kaiserslautern stattfinden.

Der Münchener Hausteinsturz.

ku. München, 11. 2. (Eigenbericht.)

Die Ursache der Explosion in der Rumfordstraße kann von sachverständiger Seite noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Am wahrscheinlichsten ist es, daß die aus Pest-Desinfektion der in dem Hause betriebenen Bäckerei verwendeten Schwefelsäuredämpfe sich in Verbindung mit Luftsauerstoff und mit einem hochgeröteten Mischgas gebildet haben, das entweder durch Umwälzschäfte entzündet wurde oder an Herdfeuern zur Explosion kam. Das Passanten wurde eine mächtige, aus dem Hause hervorbrechende Stichflamme beobachtet. Den größten Schaden verursachte der ungeheure Luftdruck, der in dem geschäftsbelebten nächsten Umkreis alle Schaufenster zertrümmerte. Zahlreiche Passanten wurden durch die herumfliegenden Glassplitter verletzt. Ein gewaltig vorübergehender Beschwungen wurde schwer beschädigt und der Barter verwundet. Einige Erdgeschoß und erster Stock des Hauses sind eingestürzt, und die zwei Obergeschosse und das Dachgeschoß sind unbewohnbar geworden und müssen geräumt werden. Die Umfassungsmauern werden unterlangen, damit das Haus nicht in sich zusammenfällt. Von den Hausbewohnern sind fünf schwer verletzt; im ganzen mußten neun Personen in die Klinik gebracht werden. Der Bäckerlehrling und ein Mitbewohner sind in dem entbrennenden Hause sind von dem durchdrochenen ersten Stock und den eingestürzten Zwischenmauern in einen Trümmerhaufen hinunterbrochen und im Bett einsheim, Anhaltstraße 12 (Wilhelmshof) und an der Abendkasse.

Der „Klaus", Klub der Rheinländer E. V., veranstaltet am Fastnachtsdienstag, den 16. dieses Monats, in den Gesamträumen des Zoologischen Gartens einen Maskenball zugunsten seiner durch die Ueberschwemmung am Niederrhein in Not geratenen Landsleute. Karten zu 6 Mark sind erhältlich bei Hesler & Schüler, Budapester Straße 9, und in den mit Plakaten belegten Geschäften.

Der Frauenverein vom Roten Kreuz, der Deutsche über Der Verband Gerd Berlin, veranstaltet am 16. d. M., abends 8 Uhr, im Bayhaus, Potsdamer Straße 4, einen „Wiener Kaffeehaus Abend". Eintrittskarten zu 3 Mark sind im Bayhaus, Potsdamer Straße 4, und in der Geschäftsstelle vom Roten Kreuz, Wilhelmstr. 62 (Zentrum 1091) zu haben.

Der „Rosenmontag im Märchenland", das Maskenfest der Gilde der Potsdamer Künstler, findet am 15. M. in Potsdam im „Alten Palais", Zimmerstraße, statt. Die Säle sind durch Potsdamer Künstler ausgeschmückt worden. Der Kartenverkauf für das Fest findet in der Musikalienhandlung Ehrlich in der Nauener Straße statt.

In Rüganwalde überhörte die 78 Jahre alte Pflegerin ihrer Gehöfte die Warnungssignale eines Kraftwagens, geriet unter den Wagen und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß der Tod in Kürze eintrat.

Der in dürftigen Verhältnissen lebende Schriftsteller Wilhelm Fischer (Lyra) erhielt die Nachricht, daß ein entfernter Verwandter in Amerika verstorben sei, der eine Farm und ein Barvermögen von 8000 Dollar hinterläßt. Da er keine Kinder hat, kommt Mr. als Erbe in Frage.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

(Ohne Gewähr.)

9. Tag. Vormittagsziehung.

4 Gewinne zu 5000 M.: 130155 143974.
4 Gewinne zu 3000 M.: 109642 198067.
16 Gewinne zu 2000 M.: 12560 61356 86684 112798 113430 148435 192379 207187 218875.
23 Gewinne zu 1000 M.: 12208 52180 83419 86869 100256 142707 164113 166409 173383 178198 203656.
84 Gewinne zu 500 M.: 1697 25789 26981 30433 33790 38090 39869 41619 55692 65843 71923 79798 91962 102025 104106 114607 124056 136788 154445 176327 177096 178379 183878 196895 198950 198348 200791 209026 213193 245919 247331 252160 253192 258874 264142 265792 272771 280881 294584 294566 297066.
194 Gewinne zu 300 M.

Wie wird das Wetter?

Aussichten für Berlin und Umgegend.

Anhaltend trübe, ohne Niederschläge. Temperaturen kaum verändert.

Aussichten für das Reich.

Ueberall Fortbestand der herrschenden Witterung.

Barometer: Thermometer:
8 Uhr morgens: 756,8. 8 Uhr morgens: + 4 Grad.
12 Uhr mittags: 757,9. 12 Uhr mittags: + 4 Grad.

Kurze Meldungen.

Die Sitzung der Juristischen Gesellschaft findet am 13. d. M., abends 8 Uhr, im Oberverwaltungsgerichts statt. Amtsgerichtsrat Karl Neumann, Berlin, spricht über: „Die Strafprozeßnovelle in der Praxis".

Am Sonntag, den 14. Februar, abends 6 Uhr, feiert der Jesu-Leute-Bund seine Stiftung zu Berlin seit 73. Jahresfest. Mit ihm wird die feierliche Abordnung der Pfarrers Kensch aus Neuruppin verbunden sein, der der Jerusalemsverein nach Bethlehem in Palästina entsendet.

In der Friedrichs-Werderschen Kirche findet am Montag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, die XX. Abendmusik des Organisten Kurt Große statt. Mitwirkende: Alice Meyer (Sopran), Fritz Harder (Bariton), B. Barnseh (Violine).

In der St. Andreaskirche am Strelauer Platz hat die Firma Gebrüder Dinse in Oettingen i. B. die aus dem Jahre 1856 stammende Orgel umgebaut. Am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, wird die Orgel in den Kirchlichen Dienst gestellt.

Zu dem am 16. d. M. in der „Urania" Zaubersäfte 48/49, stattfindenden Filmvortrag „Ueberdie Unfallgefahren im Steinkohlenbergbau" werden noch Karten im Geschäftszimmer des Grubensicherheitsamts, Leipziger Str. 2, unentgeltlich abgegeben.

Der 20. Bauernball des Vereins der Egerländer findet Sonntag, den 14. Februar, nachmittag 5 Uhr, in den Germaniasälen, Chausseestraße 110, statt. Anfangen um 8 Uhr einsheim, Anhaltstraße 12 (Wilhelmshof) und an der Abendkasse.

Die Untersuchung des Oberhofer Tunnelunglücks.

Nachdem die Reichsbahndirektion Erfurt im Brandstelle Tunnel Oberhof Erhebungen über den Hergang des Unglücks vorgenommen hatte, denn vor einigen Tagen eine Kolonne von Streckenarbeitern am Ofer gefallen war, hat nunmehr auch das Personal seinerseits eine Nachprüfung der Vorgänge an jenem Unglücksmorgen vorgenommen. Wie mitgeteilt wird, hat diese Untersuchung zu einer ganzen Reihe von Vorwürfen gegen die Reichsbahnverwaltung geführt. Zunächst wird behauptet, daß die Karbidlampen an der Arbeitsstätte völlig unzureichendes Licht verbreiten, nachdem man zwar ein Dutzend von ihnen aufgestellt, aber starker Rauchentwicklung den Tunnel passiert hatten. Der Polizei, der zur Sicherung ausgestellt war, fand 250 Meter von der betreffenden Kolonne entfernt am Telephon und gab von dort beim Annähern des Arbeiterzuges das Hornsignal, das aber nur auf 100 Meter Entfernung vorhört war. Als das Unglück geschehen war und den Opfern Hilfe gebracht werden sollte, stellte sich heraus, daß kein Verbandszeug vorhanden war.

Die Zustände im Brandleite-Tunnel bei Oberhof sind schon seit längerer Zeit Gegenstand von Beschwerden der Eisenbahnerverbände bei der Reichsbahnverwaltung. Dieser etwa 4 Kilometer lange Tunnel ist von den Streckenarbeitern wegen seiner schlechten Entlüftung gefürchtet. Der Abzug der Rauchschwaden und der sich durch die Tunnelreinigung und die durchsickernden Wasser bildenden Gase ist ganz ungenügend.

Tödlicher Unglücksfall.

Auf der Zahn- und Schienenkante (Grenzmark) stürzte, einem Eisenbahnzug folgend, die in anderen Umständen befindliche Weichenstellerfrau Wachtin aus Niekoben (Warthegau) und wurde überfahren. Man brachte sie sofort in das Schneidemühler Krankenhaus, wo sie von einem toten Kinde entbunden wurde. Bald darauf starb auch die Mutter.

Zwei Kinder verbrannt.

In Ottengell (Bayer. Wald) mußte die Hausleitrau Stärger wegen Unwohlseins ihren Wohnungen verlassen. In ihrer Abwesenheit wurden durch den heftigen Windzug das Ofenbrand geweht, die Feuer fingen und das daneben stehende Bett in Brand setzten. Die beiden drei- und 15jährigen Kinder, die im Bett lagen, verbrannten.

Unterschlesien bei der Breslauer Sparkasse.

Der Leiter der Girodetteilung bei der städtischen Sparkasse in Breslau, der Stadtverordnete Baul, wurde in Haft genommen. Schaden der Sparkasse einen Betrag verunreinigt zu haben, der bis jetzt mit 135 000 M festgestellt ist.

Theater-Spielplan

12. Februar.

Opernhaus. (41.) 7,30 Hoffmanns Erzählungen.
Opernhaus, Kgpl. (45.) 7,30 Die lustigen Weiber von Windsor.
St.-Oper Charlottenburg. Bismarckstr. 34/37. Freitag, 12. 2., 7,30 Uhr: Abonnementsvorstellung 4.
Schauspielhaus. (35.) 8 Ottzylinz.
Schiller-Theater. 8 Wallensteins Lager — Die Piccolomini.
Deutsch. Theater. 8 Juarez u. Maximilian.
Kammerspiele. 8 Die letzte Gefiehte.
Die Komödie. (11.15 nachts) Der Gesellschaft.
Theat. d. Westens. 8 Das Spiel um die Liebe.
Lessing-Theater. 8 Kronprinzessin Luise.
Theater in der Jägerstraße. 8 Grete.
Tribüne. 8 Die neuen Herren.
Theater am Kurfürstendamm. 8 Die Nacht der Rätsel.
Lustspielhaus. 8 Paganini.
Dt. Künstlerthea. 8 Paganini.
Theat. am Schiffbauerdamm. 8 Der fröhliche Weinberg.
Komödienhaus. 8 Der Garten Eden.
Metropol-Theat. 8 No no, Nanette.
Renaissance-Th. 8,30 Stummschaft.
Trianon-Theater. 8 Sable vom Broadway.
Kleines Theater. 8 Tapkat.
Berliner Theater. 8 Mysiaiuns.
Th. in der Kommandantenstr. 7,30 Der alte Dessauer. (Anmelie v. Dessau, II. Teil.)
Residenz-Theat. 8 Die Zwergkönigin.
Schlosspark-Th. Steglitz. 8 Die Frau ohne Kuß.
Thalia-Theater. 8 Jenz, Lotte, Lieschen, Josefinens Töchter.
Central-Theater. 8 Der Sprung.
Theater am Nollendorfplatz. 8 Die offizielle Frau.
Volksbühne. 8,30 Kaufmann von Venedig.
Wallner-Theater. 8 Kotzentrage.
Th. i. d. Klosterstr. 8 Die schwarze Hochzeitsnacht.
Rose-Theater. 8,15 August der Starke.
Walhalla-Theat. 8,15 Königin der Nacht.
Haller-Revue. Theater im Admiralspalast. 8,15 Achtung! Welle 505!
Gr. Schauspielhs. 8,15 Für Dich.
Nelson-Theat. 8,30 Neger-Revue.

Konzerte

12. Februar.

Singakademie. 8 Mendelssohn-Quartett, Schubert-Abend.
Beethoven-Saal. 8 Curtl Taubin, Violinabend.

Film-Spielplan

12. Februar.

Alhambra. 6,30 u. 9 Heiratsannoncen.
U. T. Königstadt. 7 u. 9 Seine Gattin versteht sich.
Capitol. 5,7 u. 9,15 Die Mühle von Sanssouci.
Ufa-Palast a. Zoo. 5,7 u. 9 Die verlorene Welt.
Gloria-Palast. 4,45, 7,15 u. 9,15 Küß mich noch einmal.
U. T. Kurfürstendamm. 7 u. 9 Der Mann ohne Schlaf.
Kammerlichtsp. (Potsd. Platz) 5,7 u. 9 Das Haus der Lüge.
U. T. Turmstr. 7 u. 9 Der verschwundene Brillantenkoffer.
Marmorhaus. 7,30 u. 9,15 Wenn die Liebe redet!
U. T. Tauentzienstrasse. 7 u. 9 Das verschwundene Brillantenkoffer.
Piccadilly. Bismarckstr. 6,45 u. 9 Die Berührten.
Primus-Palast. 5,7 u. 9 Der Abenteurer.
U. T. Nollendorfplatz. 7 u. 9 Zartlift.
Richard-Oswald-Lichtspiele. 7,25 u. 9,10 Der Dieb von Bagdad.
Urania. Theater: 5,7 u. 9 Mensch und Tier im Urwald. Film u. Vortr.
Schauburg. 6 u. 8,45 Gretchen Schubert.
Hörsaal. 6,30 Urwelt im Urwald. Film. 8,30 Lebensfluch.

Ia Tilsiter Vollfettkäse feinste Molkereibutter
versendet in Postpaketen per Nachnahme
franko in deutschen Postgebieten
Dampfmolkerei Carl Waldow
Korschen, Ostpr.

Sport.

Die Eislaufweltmeisterschaften 1926

Von

Dr. M. G. Holsboer.

Eisweltmeisterschaften in Berlin! Wie das klingt und tönt! Nicht nur, daß es das erste Mal bei Eisbrecher, die startenden Matadore, sondern die ganze Sportwelt Berlins, sein ganz Deutschland, ist über den Beschluß des Worts „Weltmeisterschaft" bewußt. Wie lange, allzu lange hat man gerade Deutschland, das junge, heranwachsende Deutschland, ohne Teilnahme irgendwelcher Meisterschaften, und nun ist es dem Eissport vorbehalten geblieben, die Beziehungen international zu knüpfen und zu festigen. Alle irgendwie im Eissport interessierten Länder haben ihre besten Vertreter gesichtet und repräsentieren in internationalem Wettruf werden in dieser Meisterschaft um die Lorbeeren ringen. Nicht n

Die deutsche Maschinenindustrie im Januar.

Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten wird uns geschrieben:

Die gegenwärtige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage herrschte in der Maschinenindustrie im ganzen auch Ende Januar noch vor. Der Auftragsbestand der meisten Betriebe ist nach den vielen während der letzten Monate fehlgeschlagenen Bemühungen um neue Aufträge weiter zusammengeschrumpft. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist im Januar noch weiter gesunken, eine sehr grosse Zahl von Betrieben hat ihre Belegschaft weiter einschränken müssen. Immerhin sind die Kurven des Auftragseingangs und Beschäftigungsgrades nicht mehr so steil abwärts gerichtet wie in den Vormonaten.

Am ungünstigsten liegt nach wie vor das Landgeschäft, bei dem besonders beklagt wird, dass jetzt auch die Nahrungsmittelgewerbe von der vollen Kraft der Krise erfasst zu sein scheinen. Bei den Auslandsaufträgen war zum ersten Male wieder eine beschränkte Zunahme zu verzeichnen. Diese Aufwärtsbewegung scheint allerdings zunächst in erster Linie durch vereinzelte grössere Auslandsabschlüsse, z. B. in Erz- und Kohlenaufbereitungs- und Gelegewinnungsanlagen, hervorgerufen zu sein. Auf das Inkrafttreten der neuen Steuern alle Ueberschüsse verschlingt, so dass die Bewegungsfreiheit der Firmen empfindlich eingeengt ist und keine Mittel zur Beschaffung neuer Maschinen und zur Einrichtung neuzeitlicher Herstellungsmethoden erübrigen sind. Sehr zu begrüssen ist dagegen, dass sich das Interesse der Regierung und Oeffentlichkeit neuerdings immer stärker der Frage zuwendet, welche Mittel für die Förderung des deutschen Exports zur Verfügung stehen. Einer aus mehreren Gründen bedauerlichen Entwicklung hat das Reparationsgeschäft genommen. Dem Gedankengang des Sachverständigengutachtens folgend, hatte die deutsche Maschinenindustrie sich von den Sachlieferungen eine Belebung der Produktion versprochen und seit dem Inkrafttreten des Londoner Abkommens ihre Bearbeitung mit besonderem Eifer aufgenommen. Allmählich gerät aber eine allgemeine Ernüchterung und Enttäuschung Platz. Sie ist vor allem auf die Erschwerungen durch die französischen Behörden zurückzuführen. Nach den traurigen Erfahrungen im Jahre 1923 sieht sich die Maschinenindustrie heute wieder in einer ähnlichen Lage: Die Fabrikanten haben zunächst wochen- und monatelang über Vertragsabschlüsse mit französischen Interessenten verhandelt, haben mit erheblichen Unkosten Kostenanschläge und Konstruktionsentwürfen ausgearbeitet, es vergehen aber Wochen und Monate, bis eine Nachricht über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Vertrages zu erhalten ist, und selbst wenn der Vertrag genehmigt wird, müssen die Firmen oft monatelang auf die fälligen Reparationswechsel warten.

Dabei hat der deutsche Exporteur immer noch mit der Möglichkeit zu rechnen, dass der Gesamtvertrag eines Tages Zahlungen sperrt und dass das Geschäft dann auf unabsehbare Zeit in der Schwebe bleibt. Bei dieser Handhabung der Schlieferungen kann man es der Maschinenindustrie nicht verdenken, dass sie sich trotz allen Aufrapsmanövern von Reparationsgeschäft allmählich zurückzieht.

Grubenfelder - Verkauf durch Krupp. Der Uebergang des linksrheinischen bisher der Firma Krupp gehörenden Kohlengrubenfelderbesitzes an eine dem de Wendel-Konzern nahestehende Gruppe (über derartige Absichten bestehen wir schon) ist der „Kölnischen Zeitung" zufolge nunmehr zustande gekommen. Sämtliche Kuxe der Linkerheinischen Gewerkschaft „Norddeutschland" sind nämlich von der genannten Gruppe übernommen worden. Die bisherige Direktorenstand, bestehend aus den früheren Krupp-direktoren Vorster-Essen, Viehaber-Essen und Finanzrat Haux-Tübingen, ist zurückgetreten. Die jüngst abgehaltene Gewerkenversammlung wählte einen neuen Repräsentantenten in der Person des Generaldirektors Robert Pastor-Köln (de Wendel). Es wurde ferner beschlossen, den Sitz der Gewerkschaft von Essen nach Köln zu verlegen.

Errichtung eines Bankverkehrs-Schiedsgerichts. Wie wir erfahren, sind zwischen dem Centralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und dem Bankenverband der Deutschen Industrie kürzlich Verhandlungen zum Abschluss gekommen, wonach bei Differenzen zwischen Mitgliedern beider Verbände zur Schlichtung ein Verbindungs- und Einigungsstelle sowie erforderlichenfalls ein Schiedsgericht, dessen Besetzung durch die beiden genannten Parteien tätig wird. Nähere Mitteilungen über diese Abkommen werden seitens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes noch bekanntgegeben werden.

Zur Anmeldung des Anleiheantbesitzes wird uns vom Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes geschrieben: Die Altbesitzer von Reichsanleihen sind, wie in zahlreichen Fällen festgestellt wird, trotz aller Aufklärung immer noch irriger Ansicht über die Bedeutung oder Verpflichtung der Bankverbindung, welche ihre Reichsanleihen aufbewahrt. Sie glauben, dass diese Bankverbindung, da sie an Hand ihrer Bücher den Altbesitz feststellen könnte, auch in der Lage sei, ohne Mitwirkung des Altbesitzers die Ansprüche von sich aus anzumelden. Demgegenüber muss immer nochmals wieder darauf hingewiesen werden, dass die Banken, sprechassen sich, gar nicht die Möglichkeit haben, von sich aus eine Anmeldung vorzunehmen. Vielmehr muss der Altbesitzer bei der Ausfüllung der Antragsvordrucke mitwirken. Wer sich darauf verlässt, dass seine Bankverbindung für die Anmeldung vorsehen wird, läuft Gefahr, seine Altbesitzansprüche zu verlieren. Die Frist läuft bereits Ende Februar ab. Eine Verlängerung der Frist ist ausgeschlossen. Den Altbesitzern, die bisher die Anmeldung versäumt haben, kann nur auf das dringendste geraten werden, sich unverzüglich, nicht erst am letzten Tage der Frist, um die Beschaffung der Vordrucke zu bemühen und sie bei einer Vertrauensperson (Bank usw.) einzureichen.

Deutsche Kohlen in Amerika. Aus Wales und Deutschland sind, wie der Sonderdienst der „DAZ." meldet, in New York eine Anzahl Kohlenladungen eingetroffen. Die Aufträge dafür waren bei Beginn des Kohlenstreiks plötzlich. Die grosser Teil davon wird in New York in kleinen Mengen direkt an die Verbraucher zu 30—35 je Tonne verkauft. Wegen des Bedarfs an Koks und Anthrazit für die Zentralheizungen ist die Kohlenfrage in New York für den privaten Bedarf bald sehr geworden. Koks wird in New York, soweit er überhaupt erhältlich ist, 50—100 % über dem Normalpreis verkauft. Ein Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen.

Starke Belebung des englischen Emissionsmarktes. Die englische Emissionstätigkeit belief sich im Januar nach den Berechnungen der Midland Bank auf 28 867 000 £ gegen 24 491 966 £ im Dezember und 20 668 959 £ im gleichen Monat des Vorjahres. Die Gesamtsumme verteilte sich ziemlich gleichmässig auf heimische Emissionen mit 9 474 000 £; Emissionen britischer Besitzungen und Dominions mit 8 822 000 £ und Anleihen des übrigen Auslandes mit 9 961 000 £. Während die Ansprüche der englischen Wirtschaft an den Kapitalmarkt relativ gering waren und erheblich hinter dem Monatsdurchschnitt des verflossenen Jahres zurückblieben, haben die Kolonien mit den erhaltenen 9 Mill. £ in Verbindung mit den 17 Mill. £, die im November und Dezember dem Londoner Markt entzogen wurden, vorläufig ihren dringlichsten Kapitalbedarf gedeckt. Das übrige Ausland, das während der Anleihesperre fast gänzlich auf Wallstreet angewiesen war, hat sich gleichzeitig wieder stärker dem Londoner Anleihemarkt zugewandt. Der Emissionsbetrag von annähernd 10 Mill. £, von dem 4 Mill. £ auf die Anleihe des Kaffee-Staates von São Paulo, 2,5 Mill. £ auf die 6 % chilenische Staatsanleihe und 1 Mill. £ auf die neugeschaffene tschechoslowakische Hypothekenbank entfielen, war seit Oktober 1924 nicht mehr erreicht worden. In der City wird aus dem geringen Erfolg der neuerlichen 5 % Anleihen und der starken Ueberzeichnung der übrigen ausländischen Emissionen der Schluss gezogen, dass sicherer Auslandsanleihen, die mit einem Zinsfuss von mindestens 6 % ausgestattet sind, in London auch weiterhin plaziert werden können, ohne die Aufnahmefähigkeit des englischen Geldmarktes zu beeinträchtigen, da derartige Emissionen auf Grund ihrer relativ und absolut hohen Rendite auf das heimische Rentenkapital eine starke Anziehungskraft ausüben.

Valutamarkt.

Berliner Devisenkurse	Durchschnittssatz	12. 2. Geld	12. 2. Brief	11. 2. Geld	11. 2. Brief
Buenos Aires		1,72	1,724	1,712	1,716
Japan	7,3	1,962	1,966	1,964	1,968
Konstantinopel	5	2,27	2,274	2,271	2,275
London	4,5	20,399	20,451	20,403	20,455
New York	4	4,185	4,205	4,184	4,206
Rio de Janeiro	—	0,514	0,516	0,52	0,522
Amsterdam	4,5	168,14	168,56	168,07	168,51
Brüssel	7	19,075	19,115	19,078	19,118
Budapest	12	0,0058	0,0059	0,0058	0,0059
Bulgarien	8	3,042	3,048	3,042	3,048
Danzig	6	80,90	81,10	80,90	81,10
Italien	7,5	18,589	18,635	18,589	18,635
Jugoslawien	7	5,432	5,446	5,432	5,446
Kopenhagen	5,5	104,29	104,57	104,27	104,53
Lissabon	7	21,245	21,295	21,245	21,295
Paris	7	16,42	16,46	16,41	16,45
Prag	6	12,415	12,445	12,415	12,445
Schweiz	4	80,91	81,11	80,91	81,11
Spanien	6,5	67,08	67,22	67,08	67,22
Stockholm	5	112,32	112,60	112,35	112,63
Wien	7	0,5878	0,5898	0,5878	0,5898
Budapest	8	59,023	59,163	59,04	59,18
Athen	10,5	5,14	5,16	5,14	5,16
Estland	—	4,18	4,19	4,18	4,19
Lettland	—	4,32	4,33	4,315	4,325
Uruguay	—	4,25	4,29	4,25	4,29

Kurse in R.-M. für 1 Pfd. 1 Dollar, 1 argent. Peso, 100 Milreis, 1 Yen, 100 000 ungar. Kronen, übrige je 100 Einheiten.

In Kopenhagen setzte heute vormittag überraschend eine starke Aufwärtsbewegung ein. Starke Auslandskäufe trieben den Kurs in Kopenhagen auf 19,27 herunter. Diese Bewegung wurde begleitet von Gerüchten, dass die dänische Krone jetzt auf den Goldpunkt gehoben werden sollte. Solo wurde davon nur wenig bemerkbar: gegen London 29,83. Der freie Verkehr in Franken lag weiter schwach: gegen London 132,40. Die Mark notierte in London 20,42¾, in Amsterdam 0,0059 in Zürich 1,23¾.

Der Geldmarkt lag weiter sehr leicht. Tagesgeld ist mit 4¾—7 % kaum zurückgekommen. Monatsgeld unverändert 7—8 %, ebenso Privatdiskonten wieder 5½ %.

Konstantinopeler Devisenkurse, 11. 2. Scheckverkehr: Griechenland, Berlin, London 0,3553, Paris 14,36, Mailand 19,03, Schweiz 2,73, Brüssel 11,53, New York 0,525¾, Berlin 2,21, Amsterdam 1,51.

Generalversammlungen im Metallbank-Konzern. Die Generalversammlung der Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G., Frankfurt a. M., in der über 14,12 Millionen Mark Stammaktien und 3,99 Mill. M. Vorzugsaktien vertreten waren, genehmigte einstimmig den bereits bekannten Abschluss per 30. September 1925. Aus dem Reingewinn von 2,54 Mill. M. werden 7 % Dividende verteilt. Ferner wurde die Satzungsänderung genehmigt, wonach die Frist von 20 auf 10 Tage abgekürzt wird. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Georg v. Simson und Dr. Ernst Ilse. In der Generalversammlung der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Roessler, in der 22 Aktionäre mit 13,53 Mill. M. Stammaktien und 500 000 Vorzugsaktien vertreten waren, genehmigte man einstimmig den bereits bekannten Abschluss für 1924/25, aus dessem Reingewinn von 1,95 Mill. M. 7 % Dividende verteilt werden. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass die Shares von Roessler u. Hasslacher verkauft seien. Wie hoch der Preis sei, könne man nicht mitteilen. Weitere Auskünfte wurden von der Verwaltung mit der Begründung abgelehnt, dass solche nicht im Interesse der Gesellschaft liegen. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre sei gerade nicht ungünstig. In den letzten zwei Monaten habe man unter der gesunkenen Kaufkraft zu leiden gehabt. An Stelle des verstorbenen Banquiers Andreae wurde Baron Moritz v. Bethmann, Frankfurt, an Stelle des ausgeschiedenen Hugo Borgnis der Geschäftsinhaber der Darmstädter Bank Georg v. Simson, Berlin, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Es besteht die Absicht, einer demnächst einzuberufenden a. o. Generalversammlung der „Berselius" Metallhütten A.-G., Frankfurt a. M. vorzuschlagen, mit der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft A.-G. vorzuschlagen, und zwar soll gegen je vier Aktien von Berselius in neue Werte von 100 R.-M. eine Metallbank-Aktie im neu. Werte von 100 M. in Tausch gegeben werden. Die Begründung, die diesem Vorschlage führen, sind folgende: Zwischen den beiden Gesellschaften bestehen seit langen Jahren eine sehr enge Zusammenarbeit technischer und kaufmännischer Art. Die Aktiengesellschaft Berselius, deren Bestehen, und ausserdem liegt die ganze Last der Finanzierung auf der Metallbank, die beinahe sieben Zehntel des gesamten in Berselius arbeitenden Kapitals hingegeben und garantiert hat. Um das Unternehmen Berselius auf die Höhe zu bringen, und in den nächsten Jahren weitere grosse Beträge zu beschaffen. Vergrössert werden die finanziellen Verhältnisse noch durch eine etwaige Unterbilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres. Soll das Unternehmen weiterhin erfolgreich arbeiten, so wäre früher oder später eine ziemlich weitgehende Zusammenlegung, unter gleichzeitiger neuer Kapitalbeschaffung, unvermeidlich. Eine Erhöhung des Kapitals der Metallbank kommt nicht in Frage, da sie über die für den Tausch notwendigen Aktien verfügt.

Stock Motorpflug A.-G., Berlin. Wie von autoritativer Seite mitgeteilt wird, ist die Geschäftsaufsicht bis zum 6. April verlängert worden. Die Aussichten sind insofern als günstig zu bezeichnen, als die Hoffnung auf Erlangung eines Kassenkredits sich zu verwirklichen scheint. Die Gesellschaft würde dadurch aus dem Interessenbereich der übrigen 14 Kahn-Konzern-Werke ausscheiden. Die Verpflichtungen der Gesellschaft an dem Kahn-Konzern würden naturgemäss davon nicht betroffen, der bereits erwähnte Kredit jedoch würde ihr ganz allein zukommen.

Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co. A.-G. — Deutsche Eisenbahnsignal-Werke. Wie verlautet, die Aufsichtsrate und Vorstände der Gesellschaften haben beschlossen, den Generalversammlungen eine Fusion vorzuschlagen. Man stehe zu einem Aufgehen der Deutschen Eisenbahnsignalwerke A.-G. in die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co. Oder ähnlichen Verhältnis von 6000 R.-M. Deutsche Eisenbahnsignalwerke-Aktien für 5100 R.-M. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co. Aktien ist hierbei ins Auge gefasst. Die Dividende der Eisenbahnsignalwerke A.-G. wird 8 % betragen. Es soll ein 9 % in Vorschlag gebracht werden, während die Gesellschaftsgerüchte der Deutschen Eisenbahnsignalwerke A.-G. für abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende nicht gestatten.

Opposition gegen die Fusion in der süddeutschen Zuckerindustrie. Die Wirtschaftsgruppe Aktienbrauerei der Zuckerfabriken Stuttgart und Heilbronn wenden sich gegen die Absicht, die in der Interessengemeinschaft süddeutscher Zuckerfabriken zusammengeschlossenen Zuckerfabriken zu fusionieren. Eine Verschmelzung, resp. die Fusion der zwei württembergischen Zuckerfabriken in den beiden anderen Unternehmungen Heilbronn und Stuttgart würde für die Aktionäre ein direkter Schaden sein, denn die Stuttgarter und Heilbronner Zuckerfabriken hätten im Gegensatz zu den beiden anderen Gesellschaften, deren Absatzgebiete heute von französischen und tschechischen Zuckerfabriken bedroht werden, einen sicheren Absatz. Es dürfe ausserdem nicht vergessen werden, dass die beiden württembergischen Fabriken wegen bedeutender Mittel, die dem neuen Einrichtungen nicht mit den an der deutschen Grenze liegenden Fabriken zu vergleichen seien.

Leipziger Spritfabrik. Einer Generalversammlung soll über die Verhandlungen mit der Reichsmonopolverwaltung, die eine Brandbesteuerung Aufwertung des Preises für die Übernahme des Unternehmens berichtet werden.

Wiener Depotenbank. Als Revisionsgesellschaft hat die Oesterreichische Revisionsbank die Prüfung der Bilanzen der Depotenbank gegen die Wiener Grossbanken entschieden, da diese für die Einlagen der Depotenbank nicht ersatzpflichtig sind. Das Gericht hat ausgesprochen, dass eine Schadenverpflichtung begründende Handlung oder Unterlassung der Grossbanken vorliege, dass vielmehr die Depotenbank selbst die Haftung für den von ihnen im Kommuniqué vom 26. 6. 1924 übernommenen Verpflichtung zahlungsfähig sind.

Dividendenvorschläge.

Wegelin u. Co. Maschinen A.-G., Halle: 7 % (6 %).

Flensburger Dampfschiffahrtsgesellschaft: 10 % (8 %).

Vereinigte Holzstoffindustrie und Papierfabriken A.-G., Niederschlesien: 5 %.

Londoner Jutenotierung, 11. 2. (Eigenbericht.) Jute: Januar-Februar 56.10.— bis 56.15.— Februar-März 57 bis 57.5.—, März-April 57 bis 57.10.—, April-Mai 57 bis 57.10.— £ p. t.

Berliner Börse.

12. 2.

Fest, Banken lebhaft. Die zum Schluss der gestrigen Börse zum Durchbruch gekommene Festigkeit übertrug sich auf den heutigen Verkehr, da die Auslandsbörsen anhielten. Insbesondere waren wieder Darmstädter Bank-Aktien seitens des Auslandes gefragt, die den Kurs von 190 überschritten. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers wirkten nach. Man gibt sich der Erwartung hin, dass die Banken entsprechend der neuen Gesetzgebung der Effektenumsatzsteuer auch die Provisionssätze ermässigen würden. Der leichte Geldstand und die politische Entspannung trugen ebenfalls zur Belebung bei. Das Geschäft war vereinzelt recht lebhaft.

Dies war namentlich am Bankenmarkt der Fall, wo, wie schon erwähnt, Darmstädter die Führung hatten. Per Ultimo Februar war das Papier um 181 gefragt. Aber auch alle übrigen Banken waren begehrt, da die Spekulation ausländische Käufe erwartet. Deutsche Bank stiegen von 124¾ auf 127, Disconto von 119¾ auf 121, Dresdner von 115 auf 118, Berliner Handelsgesellschaft von 145¾ auf 147¼, Barmer Bankverein von 83¾ auf 84¾. Montanwerte waren durchweg erholt; Stahlverein 27½ (+ 2¼), Deutsch-Luxemburger 59¼ (+ 1¼), Essener Steinkohlen 87 (+ 1¾), Ilse 105 (+ 3), Laura 57 (+ 2¾), Siegener Bergbau 37 (+ 2¼). Auch Kaliwerte konnten sich erholen; Westeregeln 183½ (+ 3¼), Salzdetfurth 141 (+ 4¼), Chemische Werte waren Besserungen bis 1¾ % auf. Im Elektromarkt gewannen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft 2 % (94), Siemens 2½ % (42½), Ges. f. elektr. Unternehmungen 2 % (131¼). Unter der Nachwirkung der Reichsbahnentscheidung zeigten sich für Waggonfabriken Interesse. Besonders gefragt waren Waggonfabrik Rathgeber, die + 4 angezeichneten Gewinn erzielten, Gebr. Gorlitz 36½ (+ 3¼). Im Zusammenhange damit stiegen Augsburg-Nürnberger Maschinen von 72 auf 75. Von ausländischen Papieren sind noch Deutsche Maschinen 52 (+ 1¾), C. Lorenz 81 (+ 1¾), Continental Kautschuk 115 (+ 2¼), Gebr. Junghans 73 (+ 2) als fest zu erwähnen. Deutsche Erdöl notierten nach 89¾ auf 90¼. Von Schiffahrtsaktien hatten Deutsch-Australier mit einer Steigerung von 3 % (114) die Führung. Rolandlinie 158 (+ 3¼), Hamburg-Süd 105¾ (+ 2), Norddeutscher Lloyd 114 (+ 2¼). Für Hochbahn regte der gewonnene Prozess an, 78¼ (+ 1).

Das Geschäft an Pfandbriefmarkt hat erheblich nachgelassen. Vorrieggshypothekenpfandbriefe konnten sich nach ihren gestrigen Rückgängen befestigen, in erster Linie Deutsche 8,35 (7,80). Ferner notierten Pfandbriefbank 7,60, Gothaer 5,65, Berliner 5,70 und etwas schwächer Preussische Hyp. 9,55. Goldhypothekenpfandbriefe waren meist wenig fest, doch konnten sich Deutsche immer mehr der Nachfrage, so dass Reparierungen nur in den seltensten Fällen notwendig wurden. Landschaftl. Goldpfandbriefe waren überwiegend etwas schwächer, und zwar die 10 %igen Papiere bis um 1 %, die 6 %igen Papiere bis um ½ %. Fest lagen jedoch die 5 %igen Neckargoldanleihe plus 1,40 und die 5 % Rhein-Main-Donau-Anleihe plus 1 %.

Heimische Anleihen waren sehr schwankende Tendenz, Kriegsanleihe setzte mit ungefähr 0,400 ein, schwächte sich dann auf 0,380 ab und schloss ungefähr 0,390. Schutzgebietsanleihe 7,50—6,50—7,00.

Ausländische Renten waren still. Von Ungarn konnten Goldrente auf 14¾ anziehen. Einiges Geschäft hatten Türken zu unveränderten Preisen.

Am Markt der nicht notierten Werte war das Geschäft sehr ruhig. Kalialtien mussten im Verlaufe ihre Anfangsbesserungen wieder hergeben.

Weiterhin schrumpfte das Geschäft auf allen Gebieten ein. Die Spekulation legte sich Zurückhaltung auf wegen der ungeklärten Völkerrechtsfragen. Die Börse brockelte leicht ab. Mannesmann 86, Phönix 77½, Gelsenkirchen 90, Harpener 111, Rheinstahl 83¾, Unterkatharina 180, Laura 105, Darmstädter 189¼, Disconto 120¼. Fest lagen nur Deutsche Erdöl 91 auf Käufe der Platzspekulation.

Nichtamtliche Notierungen. Adler Kohle 2,9—3, Becker Stahl 48, Bergb. Freier 60—61, Deutsche Petroleum 75—77, Gebr. Dopp 20, Dürener Pumpen 25, Eilenburger 15, Fraureuth. Porz. 7, Glückauf 18, Grosskraftw. Frank. 80—81, Hackethal Draht 70, Kabel Rheydt 104, Schebera 38 bis 34, Stöhr. Schebera 38—40, Terra Film 44—45, Ufa 63—64, Adler Fahrr. 43—44, Anh. Kohlenw. 127—135, Bestelmeier Kali 0,4—0,5, Hallesche Kali 99,5 bis 101, Heilbronn Tzz. 62—63, Kali Niedersachsen 70—71, Kriegsanl. 0,390—0,400, Neckargold 6,40—6,50, Hlsp. Am. d. El. 6 % arg. Ribs. 30,5, do. 6 % span. Ribs. 368, do. Anleihe 21,75 %, Kasko etwa 2 G. bis 2,25 B., Salitrera 97,5—92,5 B., Sloman 4—4,25, Südsee-Phosphat 29—31 B.

Weitere Einlieferungen in das Effekten-Sammeldepot. Die Bank des Berliner Kassen-Vereins ruft die Aktien folgender Unternehmungen zur Einlieferung in das Sammeldepot ab 15. Februar 1926 auf: Fahlberg, List und Co., Feldmühle Papier, Felten u. Guillaume Carlswerk, Gelsenkirchen Bergwerk, Gesellschaft für elektr. Unternehmungen, Th. Goldschmidt, Grünzweig u. Hartmann, Hackethal Draht, Hackethal Draht, F. H. Hammersen, Hannoversche Waggon, Harpener Bergbau.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 12. Februar

Der massigen Besserung des Weltmarktes folgte auch das Inland mit einer Befestigung. Weizen ist sehr spärlich angeboten, so dass der vorliegende Bedarf nicht genügende Befriedigung findet. Die Auslandsforderungen sind etwas erhöht, und in Plata-Weizen haben sich gestern einige Abschlüsse gefunden. Für Lieferung mussten ebenfalls etwas höhere Preise als gestern bezahlt werden. Roggen fest, es fehlt an nicht an Angeboten aus den Provinzen, doch sind die Forderungen allermeist zu hoch gehalten. Die Zufuhrmengen stellen sich Preise höher, andererseits scheint per März auf vorgekaufte Ware ein manche Verkaufsneigung im Markt zu sein. Gerste in geringster Sortierung ist weiterhin gefragt. Hafer zeigt weiterhin Festigkeit.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Waggon oder ab Station in Reichsmark: Hafer, gut 186—190, mittel 178—185, Futterweizen 250—266, kleiner Mais 250—258, Futtergerste 225—265, Roggenkleie 105 bis 110, Weizenkleie 118—138.

Königsberger Produktenbörse. 12 Febr (Freiverkehrsbrief.) Preise je Ztr. frei Königsberg.

	12. 2.	11. 2.		12. 2.	11. 2.
Weizen	10,00—12,75	10,00—12,30	Hafer	8,00—9,00	8,00
Roggen	7,00—7,65	7,00—7,65	Mais	7,00—8,00	7,00—8,00

Magdeburger Zucker notierte am 12. 2.: Gemahlener Melis I bei prompter Lieferung und Februar 26¼, April-Juni 27¾ R.-M. je 50 kg. Tendens ruhig.

Magdeburger Zucker-Terminnotierungen, 12. 2. Februar 14,30 B., 14 G., März 14,80 B., 14,60 G., April 14,45 B., 14,35 G., Mai 14,60 B., 14,40 G., August 15,05 B., 15 G., Oktober-Dezember 15 B., 14,80 G. Tendens ruhiger.

Bremer Baumwoll-Terminmarkt, 12. 2. (Eigenbericht.) Anfangs-Notierungen: Januar 20,04 B., 19,90 G., 19,94 bez., Mai 20,18 B., 20,06 G., Juli 20,08 B., 20 G., 20,04 bez., September 19,84 B., 19,70 G., Oktober 19,70 B., 19,45 G., September 19,25 B., 19,17 G., Januar 1927 19,15 B., 19,08 G. Tendens ruhig.

Bremer Baumwolle. 12. Febr. (Eigenbericht.) Amtlicher Preis für amerikanische Baumwolle Universal 22,27 (22,33) Dollarcents je lbs

Preise ab 1. September für 100 kg. Bilbao 1 kg.

	12. 2.	11. 2.
Elektrolytkupfer p. 100 kg	135,75	135,50
Raffinadekupfer 99—99,5 %	—	—
Raffinadekupfer 99—99,5 %	—	—
Orig. Hüttenzinn frei	73—74	73—74
Remelted Pattenzinn	64—65	64—65
Orig. Hüttenzinnpreis	235—240	235—240
99 % Blei Stange	140—150	140
99 % Weich- u. Hartblei	—	—
Reinnickel 98—99 %	—	—
Hüttenzinn mindestens 99 %	—	—
Antimon Regulus	140—150	140—150
Antimon Regulus	125—135	125—135

Berliner Kurse.

12. Februar.

* Sonstiger Papiermarktpreis.

Fortdauernde Notierungen

Bankpapiere.

Anhalt. Landesbank	97,5	98,25	
Bayer. Hypo. u. Wechsel	97,75	97,75	
Bayer. Vereinsbank	115,25	115,5	
Berliner Handels-Ges.	147	147,25	
Commerzbank	106,5	106,5	
Darmstädter Bank	189,25	190,5	
Deutsche Bank	124,25	127,25	
Dresdner Bank	115,25	118,25	
Frankfurter Bank	91	91	
Allg. Dt. Bodenkredit	97,75	98	
Hypothekenbank	97,25	97,25	
Meiningen Bank	62	62	
Mitteldeutsche Bodenkr.	87,5	88,75	
Oest. Länderbank	115,5	115,5	
Pfälzische Bank	73,5	74,75	
Preuss. Bodenkredit	89,5	89,75	
Deutsche Erdöl	89,75	90	
Gelsenkirchen	90	90	
Dynamit Nobel	87,75	88,5	
C. Lorenz	81	82,25	
J. G. Farben Industrie	129,25	129,75	
Gesaurum	90,75	90,75	
Ges. f. elektr. Unternehmungen	131,75	130	
Harpener	112,37	104,5	
Hirsch Kupfer	89,25	89,5	
Ilse Bergbau	100	100	
Kali Aschersleben	97,5—97,75	97	
Kali Salzdetfurth	137	141	
Kali Westeregeln	180—183	183	
Kattowitzer Bergb.	56,87—57,5	57	
Kunstseidefabrik Bemberg	86,87—87,5	88	
Lahmeyer	80,25	80,25	
Leonhardt Bergbau	45,5	45,5	
Mannesmann	72,75—72,5	71	
Mannesmann Röhren	72,5	72,5	
Phönix Bergbau	76,75—76,87	77	
Rheinstahl	83,62—134	83,25	
Rheinbraunkohlen	287,7	287,5	
Rombacher Hütte	19,5	19,62	
Siegerland Bergbau	37,5	37,5	
Siemens	42	41,75	
Siemens, Halske	83—83,2	83	
Siemens Schuckert	114,5—114,25	114	
Stahlverein	26,87	26,62	
Stolberger Zink	18,12	18,12	
Siemens, Verlassenschaft	0,37	0,37	
Tarnowitzer Bergbau	18,5	18,5	
Thüringer Gas	84,12	84,12	
Vereinigte Stahlwerke	27,5	27,5	
Westdeutsche Kaufhof	91	91	
Westfälische Kupferwerke	39,25	39,12	
Zellstoff Waldhof	112,5	112,5	
Zellstoffwerke Waldhof	117,5	117	
Deutsche Reichsbahn	91	91	
Deutsche Reichsbahn Vorzugsaktien	91	91	
Deutsche Reichsbahn Genußscheine	39,25	39,12